Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe

Oktober 2001
Jahrgang 1 · Ausgabe 3

GENERATIONEN-gerechtigkeit!

Jugendklimagipfel in Bonn

60 Jugendliche aus 15 Ländern stellen im Beisein von Prof. Klaus Töpfer (UNEP) Forderungen an die Klimaschutzpolitik

Als erfolgreiches jugendliches Gegenstück zur Weltklimakonferenz in Bonn fand vom 20. bis 22. Juli 2001 der von YOIS und AIESEC organisierte Jugendklimagipfel statt. Die von den Teilnehmern verfasste Resolution enthält die Strategien und Forderungen der jungen Generation für einen nachhaltigen und generationengerechten Klimaschutz.

Die Jugend zieht an einem Strang die Erde aus dem Müll.

Jugend fordert Verantwortungsbewusstsein. Gerade bei der Klimapolitik werden die heute junge sowie zukünftige Generationen maßgeblich von den gegenwärtigen Entscheidungen betroffen sein. Vielen Entscheidungsträgern fehlt es jedoch an Weitsicht und Verantwortungsbewusstsein, zumal sie die Folgen ihrer Politik ja auch kaum mehr erleben dürften. Der Jugendklimagipfel hat deshalb die Position der Jugend in die offiziellen Klimaverhandlungen der UNFCCC eingebracht.

60 junge Menschen aus 15 Ländern folgten der Einladung von YOIS Deutschland, YOIS und den AIESEC Lokalkomitees Bonn und Köln nach Bonn, darunter auch Teilnehmer aus Kenia, USA, Australien und Nepal. Am Freitagabend fanden sie sich in der Tagungsstätte, der freien Waldorfschule Bonn Tannenbusch, ein. Der Abend wurde für erste Diskussionen in den Arbeits-

(weiter auf Seite 5)

Europäische Überlegungen zur Global Governance

Governance zielt auf die Beziehungen zwischen (demokratisch) legitimierten Institutionen und den neuen Kräften, die sich in drängenden gesellschaftlichen Problemfeldern engagieren. Governance setzt spätestens dann ein, wenn die herkömmlichen Formen der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse für viele evident an ihre Grenzen stoßen.

Was ist Governance?

Governance zielt auf die Beziehungen zwischen (demokratisch) legitimierten Institutionen und den neuen Kräften, die sich in drängenden gesellschaftlichen Problemfeldern engagieren. Governance setzt spätestens dann ein, wenn die herkömmlichen Formen der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse für viele evident an ihre Grenzen stoßen. Die bisher zuständigen Institutionen sind daher immer häufiger gezwungen, mit anderen Gruppen neue Lösungen auszuhandeln. Governance bezeichnet ganz allgemein Festlegungen

(weiter auf Seite 6)

In dieser Ausgabe

Editorial, Impressum 2
Global Governance und Generationengerechtigkeit 3
Klimakonferenz in Bonn 1/5
Europäische Überlegungen zur Global Governance 1/6
Interview Prof. Rademacher über Global Governancce 8
Globalisierung und Politik 10
Global Economic Governance 12
Der Protest muss weitergehen 14
Die Gewaltfrage 15

Liebe Leser,
Ihre Meinung interessiert uns!

Mit Ihren Impulsen wollen wir „Generationengerechtigkeit" kontinuierlich verbessern. Bitte schreiben Sie uns! GG!-Redaktion, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Fax 06171-952566, E-Mail www.srzg.de/GG! Schreiben Sie uns bitte auch, wenn Sie uns neue Leser aus Ihrem Bekanntenkreis empfehlen können. Wir werden diesen Personen kostenlos und unverbindlich ein Jahr GG! zum Kennenlernen schicken.

Vorschau auf GG! 4/2001

Gentechnik 16
Ralley 2001 16
Global Society Dialog 16

Bücher 17

Berichte 19

Termine 22

Leserbriefe/Reaktionen 22

Interna 23
Internationalisierung SRzG 23
Neue Förderer u. Mitglieder 23
Aufnahmeantrag 24

EDITORIAL

Die tragischen Ereignissen vom 11. September 2001 zeigen uns, dass Generationengerechtigkeit nur in Friedenszeiten existieren und funktionieren kann. Zur Aufrechterhaltung von Frieden ist eine weltweite Sicherheitspolitik notwendig: Die NATO hat den Bündnisfall nach Art. 5 des NATO-Vertrages erklärt und die Nachrichtendienste arbeiten weltweit (auch inklusive derer von Russland und China) auf Hochtouren zusammen, um die Verantwortlichen ausfindig zu machen.

Der verachtungswürdige Anschlag macht jedoch noch mehr deutlich, wenn man zu Grunde legt, dass dieser Terrorakt als Angriff und Ablehnung gegenüber den USA, der westlichen Welt mit ihren wirtschaftlichen und kulturellen Systemen, zu verstehen ist. Da ein freiheitliches demokratisches System, wie das der USA und Europas, für solche Terroranschläge immer verwundbar sein wird, ist es notwendig, ein Weltsystem zu finden, in dem sich alle Staaten, Volksgruppen, Kulturen und Religionen wohl fühlen, nicht nur die westlichen und vom westlichen Kapitalismus profitierenden. Darin besteht die große Herausforderung von Global Governance, und es ist noch ein weiter Weg zurückzulegen. Jedoch ist Global Governance die Antwort und der Garant auf Frieden. Wir müssen akzeptieren, dass die Zukunft nicht teilbar ist. Entweder wir leben alle auf dieser Erde in Frieden oder niemand.

Seit mehreren Jahren beschäftigen wir uns innerhalb der SRzG und der Jugendorganisation YOIS mit Global Governance. Wir haben dazu einen Arbeitskreis gebildet, ein Positionspapier auf den Weg gebracht und erste Vorträge zu dem Thema ausgearbeitet.

Mir ist es ein besonderes Anliegen, die Verbindung zwischen Global Governance und Generationengerechtigkeit bzw. Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit zu verankern. Denn ohne Global Governance gibt es keine Generationengerechtigkeit, keine Nachhaltigkeit und auch keinen Frieden. Dies zu verdeutlichen ist ein wesentliches Ziel der vorliegenden Ausgabe der „Generationengerechtigkeit!“. So wird das Thema mit zahlreichen Fachartikeln vertieft, nachdem Prof. Radermacher in der 2. Ausgabe bereits in das Thema eingeführt hat. In diesem Zusammenhang möchte ich mich ganz herzlich beim Autoren- und Redaktionsteam bedanken, die alle sehr spontan einen Artikel zugesagt haben.

Dr. Robert Pestel und Prof. Dr. Johannes Ehrhardt bringen eine sehr wertvolle Gegenüberstellung von Europa, den USA und Japan. Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher hat in seinem Interview die Ereignisse von Genua im Gesamtkontext vorweggenommen und die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Umsetzung von Global Governance unterstrichen. Dr. Dirk Messner schreibt über die politische Gestaltung von Globalisierung und das Primat der Politik. Prof. Dr. Stefan A. Schirm evaluiert verschiedene Vorschläge zu einer neuen weltwirtschaftlichen Architektur. Herr Jörg Tremmel und ich selbst versuchen in unserem Artikel Zusammenhänge zwischen Generationengerechtigkeit und Global Governance im Umweltbereich darzustellen. Ich hoffe und freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit mit den Fachautoren, um das Thema Global Governance und Generationengerechtigkeit weiter voran zu bringen.

Ihr Armin Frey

SRzG:

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein Think-Tank . Sie entwickelt konkrete Reformvorschläge, um zukünftigen Generationen die gleichen oder bessere ökologische, ökonomische und sozial intakte Lebensgrundlagen zu bieten. Die SRzG will dazu beitragen, das Wissen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa zu vertiefen.

Arbeitsergebnisse der SRzG sind im Wesentlichen Positionspapiere und Bücher, die mit klaren Empfehlungen an die Politik und möglichen Zukunftsszenarien abschließen und in unterschiedlichen Medien veröffentlicht werden.

YOIS-Europe:

Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe (YOIS Europe), gegründet im Herbst 2000, ist eine europäische Jugendorganisation für die Sicherung der Rechte der Jungen und zukünftiger Generationen sowie die Europäische Integration. Ist wie die SRzG auch YOIS überparteilich.

YOIS verbreitet seine Visionen in öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Die gemeinsamen Arbeitskreise mit der SRzG fördern die kontinuierliche Diskussion und Meinungsbildung. Als Verein besitzt YOIS offene Strukturen, in denen die Mitglieder auf allen Ebenen aktiv werden können.

Sie sprechen
mit Ihrer Anzeige
6000 Meinungsbildner
in Deutschland an!

Seitenpreis DM 2000,–

Das ganze Jahr
dabei DM 1500,–
(pro Ausgabe)

Sie fördern unsere
Kommunikation und damit
unsere Ziele.

Rufen Sie mich an:

Jörg Tremmel
Telefon 06171-982367
Telefax 06171-952566
E-Mail tremmel@srzg.de

GENERATIONEN-gerechtigkeit!

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktionsanschrift
Chefredaktion: Armin Frey, Jörg Tremmel
Redaktion: Torsten Becker, Maja Göpel, Torge Hamkens, Katharina Klausch, Katrin Müller-van Issem, Maike Sippel, Martin Viehöver
Layout: Ursula Hauer, Waxensteinstr. 8, 82362 Weilheim, Tel. 08 81/86 64, g-u-u@t-online.de
Ute Gierstorfer, alex media, Neuburger Str. 77, 86167 Augsburg, service@alex-media.de
Red. Bearbeitung und Lektorat: KorrekturService Sand, Landsberg, Tel 0 81 91-2 23 01
Konzept und Umsetzung: Frithjof Finkbeiner
Druck: Druck & Gestaltung Eitzenberger, Auf dem Kreuz 11–13, 86152 Augsburg, Tel. 08 21- 50 21 10
Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adr. siehe Redaktion
Redaktionsanschrift: SRzG, YOIS-Europe, Postfach 5115, 61422 Oberursel, tel +49-61 71-98 23 67, fax +49-61 71-95 25 66, e-mail: info@srzg.de , www.srzg.de
ISSN: 1617-1799
Auflage: 6.000 Exemplar
Die Zeitschrift GENERATIONENgerechtigkeit! wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint viermal jährlich. Das Jahresabonnement beträgt DM 30. Für Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS-Europe ist der Jahresbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der Stiftung und des Vereins wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken oder Auszügen ist erlaubt. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

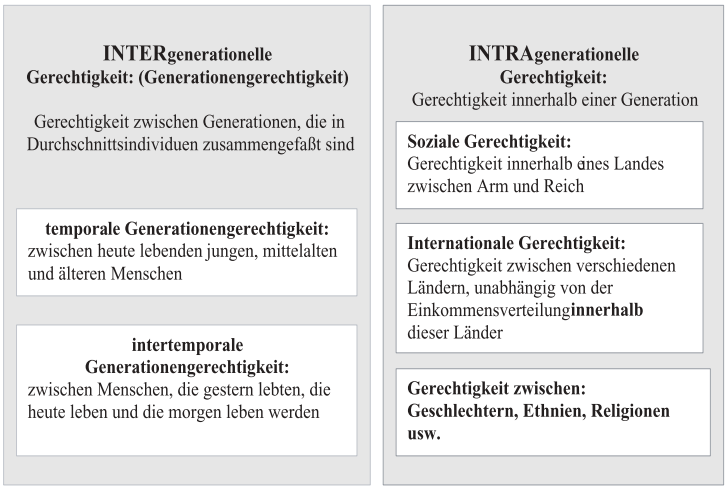
Generationengerechtigkeit und Global Governance

Was hat Generationengerechtigkeit mit Global Governance zu tun?

Warum richten Organisationen mit den Satzungszielen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit einen Arbeitskreis Globalisierung/Global Governance ein? Was haben beide Themenkomplexe miteinander zu tun? Um diese Fragen zu beantworten, soll zunächst geklärt werden, was „generationengerecht“ bedeutet. Der erste Definitionsversuch geht von dem Grundsatz aus, dass es ungerecht sei, Gleichartiges bzw. Gleichwertiges als ungleich zu behandeln. Dieser Ansatz ist konsistent mit dem Gebrauch des Gerechtigkeitsbegriffs in anderen Zusammenhängen: Bei „Geschlechtergerechtigkeit“ wird die Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts gebrandmarkt, sofern nicht objektive Gründe sie erfordern. Ebenso empfindet man es weltweit als ungerecht, wenn Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe unterschiedlich behandelt werden.

Betrachtet man Generationen als gleichwertig und folgt dem Gleichbehandlungsgrundsatz, so könnte die erste Arbeitsdefinition von Generationengerechtigkeit lauten, dass es keine Generation besser oder schlechter haben soll als eine andere. Generationengerechtigkeit kann jedoch auch weitergehend definiert werden: Nicht nur eine Nichtschlechterstellung, sondern eine Besserstellung kommender Generationen sei ethisch geboten und deshalb anzustreben. Ein Stillstand auf dem Status quo ist sicher einer Verschlechterung vorzuziehen; Fortschritt in der Lebensqualität ist aber noch wünschenswerter. Die bisherigen Generationen haben Wachstum und Wohlstandszunahme erfahren, sie sollten im Sinne der Gerechtigkeit dafür sorgen, dass dies auch für zukünftige Generationen möglich bleibt. Es war das Motiv früherer Eltern, dass es ihren Kindern einmal besser gehen solle, es sollte auch unser Motiv im Umgang mit zukünftigen Generationen sein. Generationengerechtigkeit kann also definiert werden als:

Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chancen nachrückender Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der vorherigen Generationen.



Definition INTER- und INTRAgenerationelle Gerechtigkeit.

Was bedeutet „nachhaltig“? Der Erdgipfel von Rio 1992 definierte den Begriff einer „Nachhaltigen Entwicklung“ als ein dreidimensionales Konzept, welches ökologische, ökonomische und soziale bzw. gesamtgesellschaftliche Aspekte beinhaltet. Nachhaltigkeit umfasst also inter- *und* intragenerationelle Fragen. Auch die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie die kulturelle Vielfalt werden im weltweiten Diskurs als Teilgebiet der „Nachhaltigkeit“ verstanden. Das Nachhaltigkeitsverständnis von SRzG und YOIS baut darauf auf und lässt sich anhand der Grafik (s.r.) verdeutlichen.

Global Governance

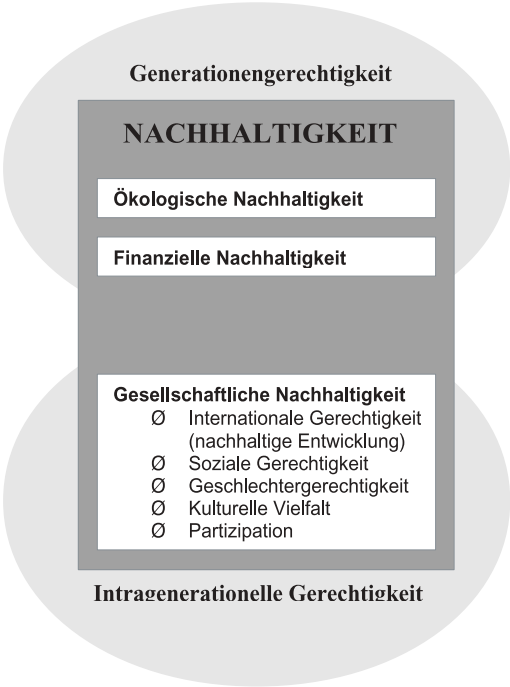
SRzG und YOIS verstehen unter Global Governance das Zusammenspiel politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Akteure zur Schaffung weltweiter Verbindlichkeiten. Ihre Notwendigkeit ergibt sich durch den aus der Globalisierung entstehenden Regulierungsbedarf. Gleichzeitig ist Global Governance für uns die Voraussetzung für eine generationengerechte und nachhaltige Gesellschaft. So bestehen im Hinblick auf die Umwelt, die Wirtschaft und die Gesellschaft mehrere Zusammenhänge mit Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, wobei im Folgenden die erste Gruppe näher dargestellt wird:

Die Globalisierung führt zu einem Anstieg der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Dieser Anstieg führt auch zu einem höheren Verbrauch von Rohstoffen (Belastung der Quellen) und einer stärkeren Belastung der Senken durch Abfälle und Abgase:

So erfordert – um ein einfach zu durchschauendes Beispiel zu wählen - der weltweite Verzehr von Bananen entsprechende Transportkapazitäten und „Produktionsanlagen“ wie Reifehallen, die sowohl natürliche Rohstoffe binden, als auch Abfälle und Abgase produzieren, was nach dem aktuellen Stand der Technik im Widerspruch zur ökologischen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit steht. Es werden sowohl die Quellen als auch die Senken belastet.

Ein weiteres Beispiel ist der Treibhauseffekt, der insbesondere durch Kohlendioxid (CO_2) verursacht wird. Die Emission von Treibhausgasen nimmt durch gestiegene Produktion und gestiegenen Konsum zu, gefährdet das Weltklima und steht in Anbetracht der negativen Folgen des Treibhauseffekts ebenfalls im Widerspruch zur ökologischen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Das folgende dritte Beispiel verdeutlicht die Problematik mit einem Blick in die Zukunft. Weltweit gibt es derzeit etwa 650 Millionen Pkw, in der Bundesrepublik



Definition Generationengerechtigkeit

Deutschland etwa 43 Millionen, wobei jeder zweite Deutsche einen Pkw besitzt. In China leben derzeit 1,3 Milliarden Menschen, und China hat offiziell das Ziel, denselben Wohlstand wie Westeuropa zu erreichen, was auch für die Motorisierung gilt. Demzufolge würde sich die Zahl der Pkw um 650 Mio. auf weltweit 1,3 Milliarden verdoppeln. Dies hätte entsprechende Auswirkungen auf den Rohstoffverbrauch und die Emission von Abgasen. Es gilt weiterhin zu berücksichtigen, dass China ein Land unter vielen ist, das sich – völlig legitim – den Lebensstandard der westlichen Industrieländer zum Ziel setzt. Somit steht hier die Globalisierung des westlich-industrialisierten Gesellschaftssystems im Konflikt mit ökologischer Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Die drei o. g. Beispiele machen die Verstärkung der Umweltproblematik deutlich, die sich maßgeblich durch die höhere Produktion im Rahmen der Globalisierung ergibt. Ferner verdeutlichen sie die Reduktion der Chancen der nachrückenden Generationen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse sowie die negative Auswirkung auf die ökologische Nachhaltigkeit. Die Frage lautet daher: „Kann Global Governance bei der Lösung dieser Probleme helfen?“ Ja, da vielen negativen Effekten der Globalisierung auf globaler Ebene effektiv und effizient entgegengewirkt werden kann. In vielen Fällen ist dies sogar nur auf globaler Ebene möglich.

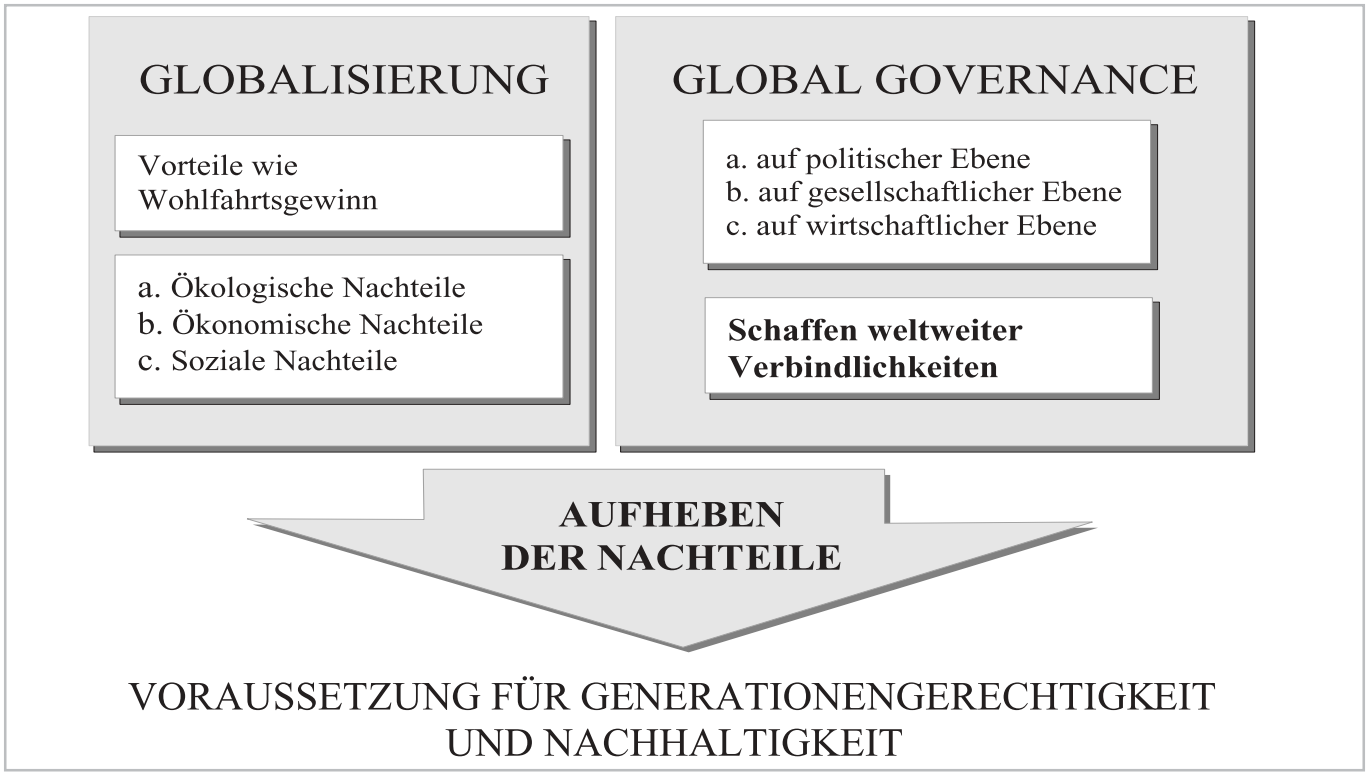
Aber wie können diese umweltzerstörenden Entwicklungen mit Hilfe von Global Governance durchbrochen werden? Eine Möglichkeit zur Lösung der Problematik stellt der geringere Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen dar. Dieser kann zum einen durch eine geringerere Weltbevölkerung erreicht werden. Es gibt Studien, die zu dem Ergebnis gelangen, dass die Menschheit auf der Erde nur mit etwa 1 Milliarde Menschen auf westlichem Wohlstandsniveau ökologisch nachhaltig leben kann. Derzeit leben jedoch über 6 Milliarden Menschen und in 2050 werden nach aktuellen Berechnungen über 10 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Diese Zahlen machen also deutlich, dass es zur Erreichung einer nachhaltigen Struktur der Weltbevölkerung einer global abgestimmte Politik bedarf.

Zum anderen wird der Verbrauch von vielen Gütern und Dienstleistungen von einem durch die Werbung manipulierten Lebensstil angeheizt. Die Werbung in den westlichen Industrieländern kommt immer stärker von ihren Grundsätzen ab, Bedürfnisse in Bedarf umzuwandeln, sondern versucht immer häufiger, nicht nur einen Bedarf, sondern auch neue Bedürfnisse zuerzeugen. Da diese Bedürfnisse erneut in Bedarf umgesetzt werden, steigt die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Würde also das Werbeaufkommen, das Bedürfnisse schafft, reduziert werden, wäre das ein Beitrag für mehr Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Im Zeitalter von global players wäre eine solche Maßnahme sinnvoller Weise auf globaler Ebene abzustimmen, und könnte auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene erfolgen.

Eine dritte Maßnahme zu mehr Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit stellen eine erhöhte Ressourceneffizienz und strengere Abfall- und Abgasvorschriften dar. Dies lässt sich an folgenden zwei Beispielen verdeutlichen: Computer und andere elektronische Geräte sind in den vergangenen Jahren immer kleiner geworden. Der Materialeinsatz pro Gerät ist daher kontinuierlich gesunken. Allerdings hat der Konsum stärker zugenommen, als die Ressourceneffizienz gestiegen ist. Deshalb muss die Ressourcen- und Energieeffizienz so groß werden (Faktor 10 und Faktor 4), dass selbst ein höherer Wohlstand für mehr Menschen mit einem geringeren Materialeinsatz erreicht werden kann. Um dies zu erreichen, sind ebenfalls entsprechende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Schritte – unter Einhaltung des Prinzips der Subsidiarität – notwendig.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass der Zusammenhang zwischen Global Governance und ökologischer Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit darin besteht, dass sich potenzielle und reale negative Auswirkungen der Globalisierung im Hinblick auf die ökologische Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in der Regel nur auf globaler Ebene lösen lassen. Hierzu sind weltweit abgestimmte Maßnahmen auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene notwendig.

Armin Frey, SRzG und Jörg Tremmel, SRzG



(Klimakonferenz – Fortsetzung von Seite 1)
gruppen und zum allgemeinen Kennenlernen genutzt.

Am Samstagmorgen eröffnete Prof. Max Tilzer, Experte für Meeresbiologie an der Uni Konstanz, den Jugendklimagipfel. Sein Vortrag beleuchtete den wissenschaftlichen Hintergrund des Klimawandels. Der Klimawandel sei an sich „nichts Neues“ in der Erdgeschichte. Allerdings stellten die Geschwindigkeit des Klimawandels sowie die Phänomene, die mit ihm einhergehen, für die Erdbevölkerung eine große Bedrohung dar.

„Armut ist Hemmnis für Klimaschutz“

Anschließend begrüßte Prof. Klaus Töpfer die Teilnehmer. Der Exekutivdirektor der UNEP (Umweltprogramm der UN) zeigte sich begeistert vom Engagement der Jugendlichen. In seiner Ansprache stellte er die Bedeutung des Handelns jedes Einzelnen für den Klimaschutz heraus. Ein großes Hemmnis für den Klimaschutz in den Entwicklungsländern sieht Töpfer in der Armut weiter Bevölkerungsschichten. Klimaschutzmaßnahmen müssen deshalb durch Entwicklungshilfe unterstützt werden.

Die Runde der Podiumsdiskussion war mit Dr. Paul E. Metz, Dr. Hermann Ott, Bernhard Raberger und Prof. Dr. Dr. F.-J. Radermacher hochkarätig besetzt. Dr. Paul E. Metz (Initiative e55 von Unternehmen zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls) zeigte die Bedeutung von verbindlichen Rahmenwerken in der Klimaschutzpolitik aus der Sicht von Unternehmen auf. Bernhard Raberger (Universität St. Gallen) sah die Weltklimakonferenz in Bonn als einen wichtigen ersten Schritt im internationalen Klimaschutz. Eine Verschärfung der Reduktionsziele in Form eines globalen Emissionshandels könne mit Hilfe der im Kyoto-Protokoll festgelegten flexiblen Mechanismen erreicht werden.

Prof. Dr. Dr. F.-J. Radermacher (Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Ulm) sah in den Clean Development Mechanisms (CDM) in Kombination mit „Co-Financing“ das wirksamste Mittel für den internationalen Klimaschutz. Dr. Hermann Ott (Klimaexperte am Wuppertal Institut) hingegen lehnte die CDM ab, da der Löwenanteil der Treibhausgase von den Industrieländern emittiert wird (siehe Grafik). Entscheidendes Instrument des Klimaschutzes sei für ihn der Zertifikathandel. Nachdem einige Fragen heiß diskutiert worden waren, fand die inhaltliche Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der Klimaschutzproblematik

Prof. Klaus Töpfer (r.) empfing Teilnehmer des Jugendklimagipfels; Martin G. Viehöver (l.)

ihre Fortsetzung in den drei Arbeitskreisen „Energieeffizienz – Wege ins solare Zeitalter“, „Instrumente des Klimaschutzes“ und „Global Governance“. **Allgemeiner Konsens war, dass die zu verfassenden Strategien sich an vier Grundprinzipien der Nachhaltigkeit orientieren sollten:**

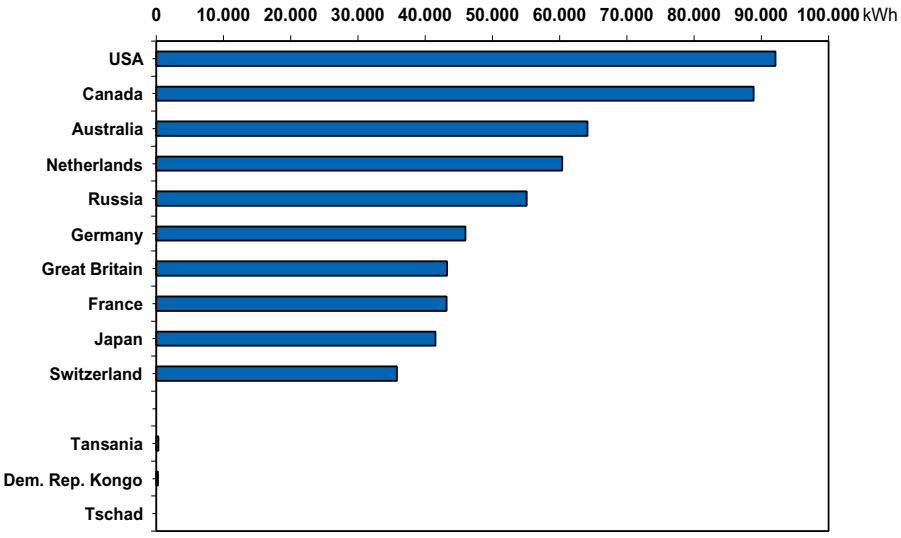
- Der Stoffeintrag in die Umwelt soll sich an deren Aufnahmekapazität orientieren.
- Das Zeitmaß menschlicher Einträge in die Umwelt muss im ausgewogenen Verhältnis zu deren Reaktionsvermögen stehen. Des Weiteren sollen keine Gefahrenpotenztiale aufgebaut werden, deren Schäden nicht oder nur in einem unangemessenen Zeitraum beseitigt werden können.
- Die bestehende Artenvielfalt soll durch menschliches Eingreifen nicht verringert und die Ökosysteme nicht zerstört werden.
- Reduktion des Energieverbrauchs und Deckelung der CO2-Emissionen.

Der Arbeitskreis Energie erhob die Forderung nach einer starken Reduktion des Energieverbrauchs, sowie der kompletten Deckung des Restbedarfs durch „nachhaltige“ Energieerzeugung bis zum Jahr 2050.

Abschließend bleibt zu bemerken, dass die Zusammenarbeit zwischen YOIS und AIESEC für beide Organisationen eine Bereicherung war, und wir von YOIS auch zukünftig an einer projektbezogenen Kooperation interessiert sind. Allen Referenten und Teilnehmern sei hiermit ein herzlicher Dank für Ihren engagierten Beitrag zum Gelingen des Jugendklimagipfels ausgesprochen!

Maike Sippel, YOIS

(Weitere Informationen finden Sie unter www.yois.de)



1995: Primärenergieverbrauch pro Einwohner und Jahr

(Global Governance Fortsetzung von Seite 1)

der Steuerung, der Entscheidungsbildung, der Offenlegung und der Rechenschaftslegung, die neue Prozesse der Problemlösung ermöglichen. So entstehen neue Prozessformen. Der Auslöser dieser neuen Prozesse ist das Unvermögen der etablierten Kräfte, die großen Herausforderungen wie

- die aus der Überalterung resultierende Rentenproblematik,
- den wachsenden Materialverbrauch trotz steigender Materialproduktivität,
- die zunehmende ökonomische Polarisierung sowie
- den aus der Globalisierung entstehenden Druck zur Schaffung weltweiter Rahmenbedingungen für den Handel, für die Reduktion der Umweltbelastung und für die friedliche Koexistenz der verschiedenen Zivilisationen zu lösen.

Governance verweist demzufolge auf die im Moment sich entwickelnden Regeln, Regime und Prinzipien der Entscheidungsfindung, der Offenlegung und der Kontrolle, auf deren Grundlage die gemeinsame Arbeit zwischen Regierungen, der Industrie, der Finanzwelt und den zivilgesellschaftlichen Institutionen verschiedenster Art möglich werden soll.

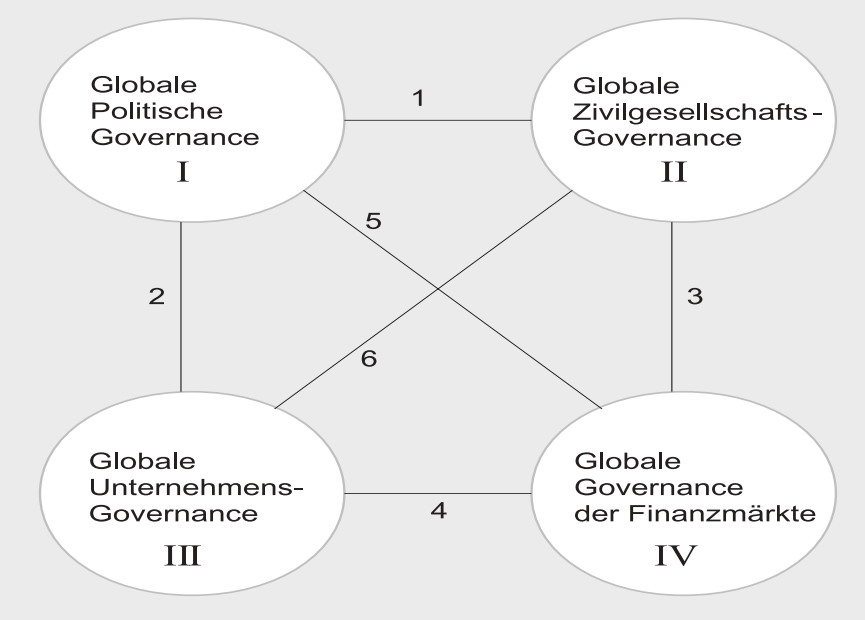
Der ewige Machtzyklus: In den zur Zeit ablaufenden Prozessen der Governance-Bildung zeichnet sich ein uraltes Muster ab: Zur Macht kommt, wer mit den jeweils herrschenden Spielregeln erfolgreicher umgeht. Der bleibt bei stabilen Verhältnissen dann auch erst einmal an der Macht. Erst wenn es eine Phase der Instabilität gibt, haben neue Herausforderer eine Chance. Die Etablierten favorisieren zunächst die alten Spielregeln, bis sie durch einen besonders starken Problemdruck gezwungen werden, neue Spielregeln zu akzeptieren. Dieser Problemdruck resultiert meistens aus fundamentalen Veränderungen des Sozialgefüges und der gesellschaftlichen Wahrnehmung von übergreifenden Problemfeldern. Die neuen Spielregeln versuchen die Etablierten in ihrem Sinn zu fassen, müssen aber doch Veränderungen zulassen und neue Kräfte an der Macht beteiligen. Löst dann eine neue Phalanx von Machthabern die Probleme, die zur Instabilität geführt haben, gibt es eine neue Phase der Stabilität, in der die ehemaligen Herausforderer die Rolle von Etablierten einnehmen.

Die globale Situation heute: Heute sind wir in der Phase eines globalen Problemdrucks beim Übergang zur vernetzten Wissensgesellschaft. Eine solche Situation hat es historisch noch nie zuvor gegeben (siehe hierzu auch den Artikel von F. J. Radermacher im letzten Heft). Wir leben in einer Weltgesellschaft, in der aufgrund des Bevölkerungsdrucks, einer beschleunigten Weltwirtschaftsentwicklung, einer ansteigenden Polarisierung zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd sowie einer überkritischen Belastung der Umwelt und des Klimas, keine Chance bleibt, nachhaltige Lösungen im nationalen oder nicht einmal im kontinentalen Alleingang zu finden.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit sind wir alle damit konfrontiert, in kritischen Fragen einen Weltkonsens herbeiführen zu müssen. Dabei vergeuden wir kostbare Zeit und Ressourcen in regionalen Konflikten und tun uns schwer damit, die Bühne für ein adäquates Global Governance zu errichten.

Die nächsten 20–30 Jahre sind entscheidend dafür, wie die unterschiedlichen Formen der Problemlösung auf lokaler bis globaler Ebene gesehen werden und sich institutionell niederschlagen.

Die neue globale Governance-Architektur: Governance-Ansätze bilden sich in einem doppelten Prozess heraus: bottom-up und top-down. Erst zeigt sich, dass kritische Entwicklungen allgemein erwartete oder erhoffte Bahnen verlassen, dann werden Komitees eingesetzt, die neue Prinzipien und Regeln vorschlagen sollen. In den Räumen der internationalen und nationalen Politik, im Bereich der großen Unternehmen und Konzerne, in der Finanzwelt bis hin zu den bunten Feldern der Zivilgesellschaft haben sich so weitgehend unabhängig voneinander Governance-Konzepte entwickelt. In Verhandlungen, durch Berücksichtigung in Entscheidungsprozessen und durch ständiges Controlling werden sie zu Governance-Praktiken, die sich in der laufenden Arbeit weiterentwickeln. Durch ihre faktische Interdependenz bilden die Governance-Praktiken eine dynamische Governance-Architektur heraus, die es zu stärken gilt, um die immer komplexer werdenden globalen Probleme gezielt und effektiv angehen zu können (s. Grafik)



Die Globale-Governance-Architekur

Globale Politische Governance (I) hat bislang nur wenige unzulängliche Bühnen des Geschehens, so die G8-Gipfel und – als derzeit einzige globale Instanz mit gesetzgeberischer Kraft – die WTO (World Trade Organisation). Andere können nur mahnen; die UNO ist global, aber schwach. Die NATO ist stark, aber nicht global. Es wird zunehmend deutlich, dass weder nationale Regierungen, noch kontinentale politische Blöcke, noch die globalen Regierungsorganisationen wie die UNO als Vertreter der etablierten Mächte allein die globalen Herausforderungen werden meistern können. Von allen vier Governance-Playertypen sind die Regierungen die einzigen mit demokratischer Legitimation, so dass zu hoffen ist, dass sie sehr bald proaktiv die anderen drei in einen dauerhaften Diskurs zur Lösung der Weltprobleme einbinden werden.

Globale Zivilgesellschafts-Governance (II) ist dynamisch, aber fragmentiert in die Einzelinteressen von NGOs (Non-Governmental Organisations) wie Gesellschaften zum Schutz der Menschenrechte, Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzgesellschaften, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften usw. Als neue Herausforderer haben sie das Verdienst, die derzeitigen Prozesse der

Governance-Bildung angestoßen zu haben. Noch sitzen sie aber – wenn überhaupt – am Katzentisch der supralateralen Regierungskonferenzen, und ihre Beiträge zur Gestaltung globaler Strategien für eine nachhaltige Weltentwicklung sind konzeptionell schwach. Der im Oktober 2000 in Ulm gegründete „Global Society Dialogue“ ist ein neues Forum zivilgesellschaftlicher Institutionen aus aller Welt, das sich um Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Entwicklung bemüht.

Globale Unternehmens-Governance (III) zeigt mehr Homogenität als II, in etwa entlang der OECD-Linie in Bezug auf „Investor Relations“, „Corporate Responsibility“ sowie „Transparency and Accountability“. Dennoch kann man von zwei Hauptrichtungen sprechen:

- die „US-Richtung“ mit Betonung auf „corporate autonomy“ und „self-control“ und dem Bestreben, harte gesetzliche Rahmenbedingungen zu minimieren (ordoliberales Modell), und
- die zum Teil in Europa vertretene Richtung von Governance im Dienste einer dreidimensionalen Nachhaltigkeit (wirtschaftlich, sozial, ökologisch), zu erreichen in einer freien Marktwirtschaft unter neuen politischen Rahmenbedingungen. Zu den bedeutendsten von der Geschäftswelt geschaffenen Bühnen gehören die jährlichen Davos-Konferenzen und der GBD (Global Business Dialogue).

Globale Governance der Finanzmärkte (IV) ist in gewissem Sinn Teil von (III), aber mit um Größenordnungen höherem Transaktionsvolumen als die übrige Geschäftswelt, mit extrem hoher Eigendynamik und mit so geringem Steuerungspotenzial, dass hier eine gefährliche Quelle wirtschaftlicher Instabilität vorliegt. Da dies aber erkannt ist, gibt es starke Bemühungen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Schwankungen (an der Börse, in den Währungsparitäten) dämpfen und die institutionale Stabilität stärken sollen. Bisher gehen aber die praktizierten Instrumente nicht über Absprachen zwischen den Hauptakteuren der Finanzwelt hinaus. Die Regierungen bleiben relativ machtlos außen vor.

Wechselwirkungen innerhalb der Gesamtarchitektur Die Skizzierung der Governance-Architektur ist unvollständig, ohne wenigstens beispielhaft auf die Beziehungen zwischen den Akteuren I bis IV einzugehen. So steht die Verbindungslinie (1) für die Demonstrationen von Seattle bis Genua, aber auch für produktivere Versuche von Regierungen und Zivilgesellschaftsorganisationen, gemeinschaftlich vorzugehen. Die Linie (5) handelt beispielsweise von den Überlegungen, mit Hilfe einer Tobin-Steuer einen kleinen Bruchteil von den immensen globalen Finanztransaktionen abzuschöpfen und für die Finanzierung von nachhaltigen Entwicklungen in Ländern der Dritten Welt zu nutzen. Und Linie (2) steht zum Beispiel für die gemeinsamen Vorbereitungen europäischer Regierungen und Firmenverbände zur nächsten europäischen Gipfelkonferenz in Laeken (Brüssel) im Dezember 2001, auf der ein neuer Ansatz zur „Corporate Social Responsibility“ vorgestellt werden soll, der auf dem so genannten „Triple Bottom Line Accounting“ (TBL) basiert: in Erweiterung der bisherigen Berichterstattung, die nur den wirtschaftlichen/finanziellen Status einer Firma wiedergibt, umfasst TBL zwei weitere Dimensionen:

- den sozialen Zustand innerhalb der Firma sowie die soziale Wirkung der Firma auf ihr kommunales Umfeld, und
- die Umweltverträglichkeit der Firma.

Ein Fehler des Diagramms ist die Betonung von jeweils bilateralen Beziehungen. Tatsächlich kommt es aber darauf an, dass alle vier Akteurstypen zusammenarbeiten. Zumindest dürfte aber gezeigt worden sein, dass Governance ein schlagendes Beispiel für die immer komplexer werdende Welt ist, womit im Nachhinein die holzschnittartige Einführung ins Thema ihre Rechtfertigung findet. Vielleicht kann die Umweltkonferenz RIO+10 im Herbst 2002 in Johannesburg eine neue Qualität der globalen omnilateralen Governance einläuten.

Ein europäisches Modell ?

Eine europäische Position zum Thema Governance wird erst sichtbar, wenn man die durchaus kontrovers geführte Diskussion innerhalb der EU mit den Vorstellungen in den beiden anderen Zonen der Triade, also USA und Japan, vergleicht. Die folgende Darstellung ist viel zu kurz, und deshalb nur als Karikatur zu verstehen, die deutlich machen soll, dass die Unterschiede zwischen Europa und den beiden anderen der Triade noch größer sind als die innereuropäischen Differenzen.

USA: – Soziale Unterschiede werden stärker akzeptiert als in der EU. – Die Governance-Diskussion folgt im Wesentlichen der Strategie des „corporate governance“, wobei das Selbstverständnis der amerikanischen Konzerne nicht bis zum TBL-Ansatz reicht. – Globale Governance reduziert sich auf Friedenssicherung plus freie Marktwirschaft. Die Schaffung von globalen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit hat keine hohe Priorität. – Umweltschutz innerhalb der USA ist ein Thema, nicht aber exzessiver Ressourcenverbrauch.

Japan: – Umweltprobleme sind ernst zu nehmen, aber die Steigerung der Materialproduktivität durch technischen Fortschritt wird diese lösen. – Die etablierten Mächte sind überzeugt, dass innerjapanische Governance ausreichend gegeben ist durch die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Industrie (z.B. durch MITI); doch die Kontrolle über Korruption ist schwach. – Eine volle Beteiligungs-Governance kommt wegen der starken Abstimmung zwischen Regierung und Industrie nur schwer auf.

EU: – Eine traditionell stärkere Betonung der sozialen Gerechtigkeit schlägt sich in der sozialpolitischen Praxis nieder. Hierzu sehe man insbesondere „The Third Way“ der europäischen Sozialdemokratie (Giddens) und den Bericht „A European Way“ des Information Society Forums an die Europäische Kommission, der die Nutzung der Informationstechnologie für einen Übergang in eine sozial gerechte, vernetzte globale Wissensgesellschaft thematisiert. – Die Europäer suchen aktiv den Dialog mit Partnern über Governance für eine nachhaltige globale Zukunft innerhalb und außerhalb der Triade. Hierzu wurde der oben genannte Global Society Dialogue gegründet. Verschiedenheiten werden von den Europäern eher akzeptiert als in den USA oder Japan. Noch gibt es demnach nicht eine einheitliche europäische Governance-Perspektive, jedoch verabschiedete am 25. Juli diesen Jahres die Europäische Kommission das „White Paper on European Governance“, das als Grundlage für die Vorbereitungen zur Laeken-Konferenz im Dezember dient.

Die Governance Web Site der EU „http://europa.eu.int/comm/governance/index_en.htm“ wird hierzu aktualisierte Informationen und Links mit interaktiven Governance-Debatten mit institutionellen und NGO-Akteuren über die Zukunft Europas, sowie zum Portal der Kommission über „interactive policy-making“ bieten. Die Europäische Kommission wünscht eine breite Diskussion des White Papers und bittet um Kommentare vor März 2002 an folgende Adressen: Email: „g-governance @cec.eu.int“ Post: Governance White Paper, European Commission, C80 05/66Rue de la Loi 200, B-1049 Brussels.

Prof. Dr. Johannes Ehrhardt,
Universität Hannover und
Dr. Robert Pestel, Europäische Kommission

Interview mit Prof. Dr. Dr. F. -J. Radermacher über Global Governance

GG: *Herr Prof. Radermacher, wenn Sie an eine Definition von „Global Governance" denken, gibt es dann bereits eine solche und muss das Niveau von „Global Governance" verbessert werden, oder ist „Global Governance" für Sie noch nicht existent und damit ein anzustrebender Zustand?*

R: Selbstverständlich gibt es bereits eine Art „Global Governance". Im Grunde genommen ist das aber angesichts der Herausforderungen und Nöte erst ein „dürftiger" Zustand. Wir brauchen also eine bessere Antwort auf die wirtschaftliche Globalisierung.

Wir haben jetzt aufgrund der Revolution der Informationstechnik einen globalen Markt, spätestens jetzt brauchen wir so etwas wie eine Weltwirtschaftsordnung und noch besser eine Weltregierung. Global Governance ist für mich die Ersatzkonstruktion für eine nicht existierende Weltregierung, um insgesamt die sozialen, ökologischen und kulturellen Nöte zu managen, die mit dem Auftreten eines durchgängigen globalen Marktes zusammenhängen.

GG: *Seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema „Global Governance"?*

R: Schon seit 30 Jahren und mehr. Letzten Endes habe ich mich schon während meiner Schulzeit mit der Überbevölkerungsproblematik beschäftigt. Wichtig für ein globales Denken waren bei mir auch immer Fragen der Weltökonomie und die globale Umweltproblematik sowie zentral die atomare Bedrohung. Der Physiker C. F. von Weizsäcker hat damals die Notwendigkeit von Weltinnenpolitik als Reaktion auf diese Bedrohung formuliert.

GG: *Wie würden Sie den Status quo der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion über Global Governance beschreiben?*

R: Es gibt sehr viele Sichten auf das Thema, sehr viele Positionen. Die überwiegende Einschätzung ist die, dass so etwas wie eine Weltregierung weder denkbar noch wünschenswert ist. Meine Position ist, dass so etwas wie eine Weltregierung unvermeidbar ist. Alles, was wir im Moment diskutieren, sind Ersatzvorhaben für die noch nicht existierende Weltregierung als Element einer durchgängigen, fairen Weltordnung.

GG: *Worin sehen Sie die Vor- und ggf. auch Nachteile, die die Umsetzung von Global Governance mit sich bringt?*

R: Wenn man eine Gesamtsicht auf die Menschheit und das langfristige Überleben hat und das Herbeiführen fairer Kompromisse die eigentliche Herausforderung darstellt, dann sehe ich den Vorteil darin, dass man ebendiesen Kompromiss findet, und sehe keinen prinzipiellen Nachteil darin. Allenfalls gibt es für spezielle Gruppen einen Nachteil in einer kurzfristigen Perspektive. Das betrifft Gruppen, die wegen der fehlenden Governance für sich heute kurzfristige Vorteile erschließen können, die in einem fairen Kompromiss nicht denkbar wären und deren Realisierung massiv zu Lasten anderer Menschen und in der Summe zu Lasten der Zukunft gehen. Hat man aber einen ganzheitlichen Blick auf das Problem, dann gibt es mit Global Governance den prinzipiellen Vorteil, auf diese Weise die Zukunft nachhaltig erschließen zu können.

GG: *Worin sehen Sie die größten Schwierigkeiten, die größten Herausforderungen bei der Umsetzung von Global Governance?*

R: Die größten Schwierigkeiten liegen darin, dass Ordnungsbedingungen herbeizuführen sind, die langfristige Zukunftsfähigkeit ermöglichen. Hier geht es vor allem um die Notwendigkeit der Kofinanzierung dieser Entwicklung, oder anders ausgedrückt einer Umverteilung von Reich nach Nicht-so-reich, gekoppelt an die Implementation von Standards. Meine eigene Einschätzung ist die, dass größenordnungsmäßig vielleicht 3 Prozent des Weltbruttosozialproduktes gezielt für diesen Bereich einzusetzen wären. Das ist so ähnlich wie die Mechanismen, die wir innerhalb der EU anwenden, wann immer sich die EU ausdehnt. Die eingesetzten Mittel heißen auf der EU-Ebene „structural funds" oder „funds for cohesion". Sie sind auch ein zentrales Thema bei der jetzt anstehenden Ausdehnung der EU nach Mittel- und Osteuropa. Den politischen Rahmen hierfür bildet im Augenblick die Agenda 2000.

Das größte Problem auf diesem weltweiten Weg sind die USA: der größte Gewinner der Globalisierung müsste auch am stärksten in die Kofiinanzierung von Entwicklung eintreten. Auch die über die Globalisierung „gewinnende" Sprache Englisch müsste etwas abgeben an Sprachen wie Finnisch oder Indonesisch.

GG: *Also machen Sie die Hauptproblemfelder in der Kofinanzierung und bei den USA aus?*

R: Die Kofinanzierung ist das größte Problem, und wer am wenigstens zur Kofinanzierung bereit ist, sind die USA. Deshalb ist auch NAFTA eine Gemeinschaft ohne Kofiinanzierung. Nach europäischer Logik müssten die USA an der Grenze zu Mexiko einiges an structural funds für den sozialen Ausgleich zahlen. Das würde es auf Dauer ermöglichen, diese Grenze aufzuheben. Dazu sind die USA bisher nicht bereit, weshalb die dortige Grenze immer eine Grenze bleiben wird.

GG: *Wenn Sie an die Realisierung von Global Governance nach Ihren Vorstellungen denken, welche Veränderungen müssten sich dann innerhalb der nächsten 10, 20 Jahre einstellen?*

R: Ich glaube, dass wir innerhalb von etwa 15 Jahren zu einem fortentwickelten globalen System der Governance kommen müssen, wenn wir an langfristige Friedens- und Zukunftsfähigkeit denken. Nach meiner Einschätzung kommt ein vernünftiges Global-Governance-System schnell oder eher gar nicht.

Für mich war das Desaster bei den Auftaktverhandlungen für eine Millennium-Runde der WTO in Seattle ein entscheidendes Event. Dort hat sich die Weltzivilgesellschaft deutlich artikuliert. Das Thema einer besseren Weltordnung als Teil der Fortentwicklung der WTO ist jetzt auf der Tagesordnung. Mit dem Kyoto-Vertrag ist endlich auch die Verteilungsfrage bei massivem Ressourcenverbrauch im Klimaumfeld auf dem Tisch. Ich sehe vor diesem Hintergrund trotz aller aktuellen Schwierigkeiten ein Chance, dass sich die Ziele innerhalb von 10-15 Jahren realisieren lassen. Daran wird zur Zeit ja auch politisch in vielen Kontexten konkret gearbeitet. Man sieht auch Fortschritte. Dass sich eine Lösung viel später noch realisieren lassen würde, sehe ich eher nicht, weil dann die weltweiten Ressourcen-Konflikte und der Zustand der Umwelt so große Hürden darstellen können, dass der Manövrierspielraum für vergleichsweise „sanfte" Lösungen nicht mehr vorhanden wäre.

GG: *Welche Konfliktfelder würden Sie da ausmachen?*

R: Die Konfliktfelder auf diesem Globus betreffen vor allem den Zugriff auf Ressourcen, inklusive der intellektuellen Ressourcen und der Eigentumsrechte. Sie betreffen aber auch die Frage, wie die Ärmsten im Vergleich zu den Reichsten leben. Als großes Problem könnte sich herausstellen, dass ein reicher, weltweiter Mittelstand von etwa 3 Milliarden Menschen

in Form seiner Kaufkraft den Ärmsten des Globus den Reis vom Teller essen würde, und zwar auf dem Umweg der Steigerung der Fleisch- und Milchproduktion weltweit. Das heißt, es könnte sein, dass ein reicher Mittelstand der ärmsten Milliarde mehr oder weniger das Essen wegisst.

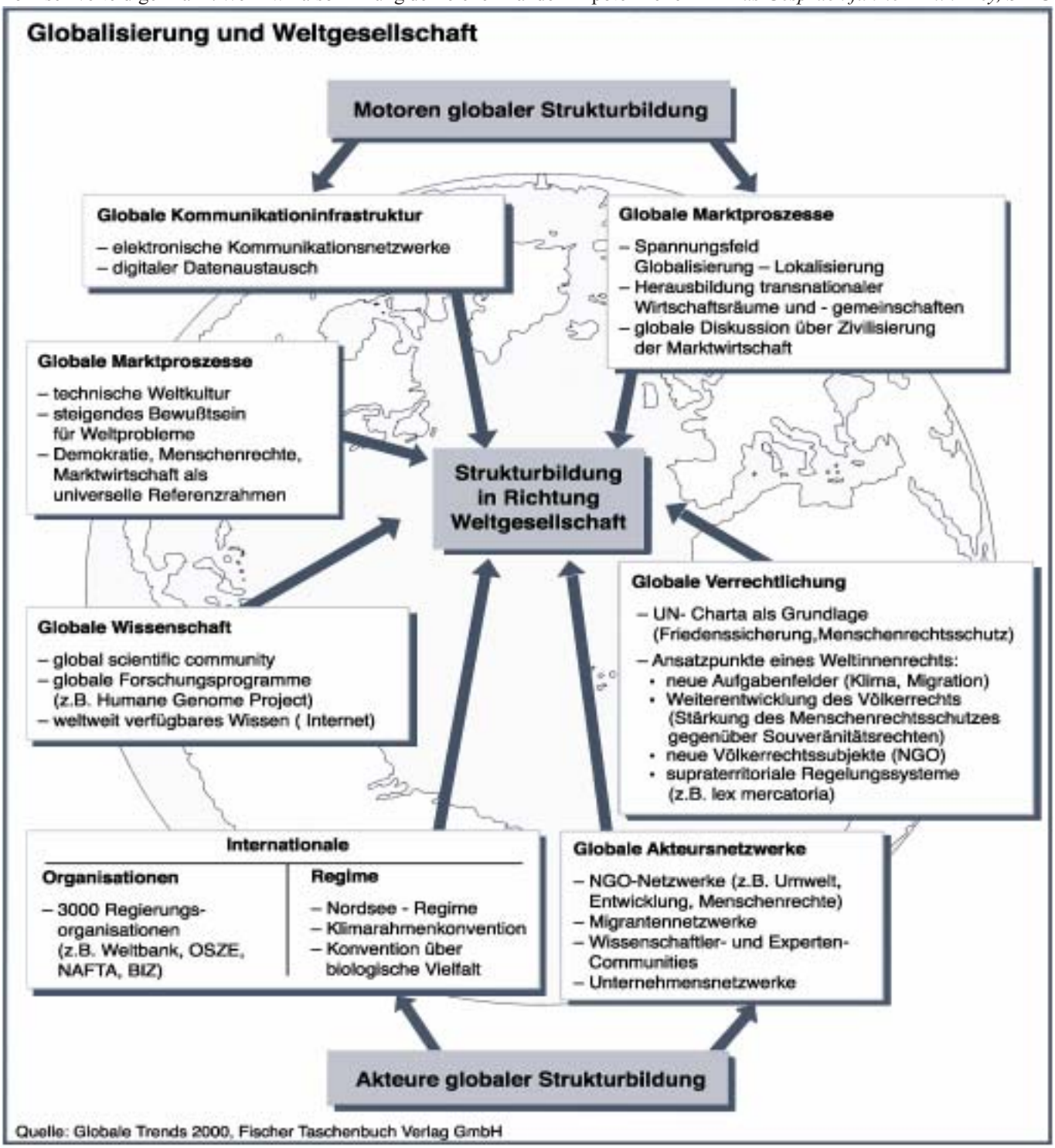
GG: *Und die Armen können sich nicht wehren!*

R: Die können sich nicht wehren, richtig. Je nachdem, wie im Rahmen der Globalisierung die Verteilung des Reichtums erfolgt, sind die reichsten 3 Milliarden so reich, dass die ärmste Milliarde nicht einmal mehr ihren Reisanteil ökonomisch verteidigen kann. Wenn wir also bis dahin kein Weltsozialsystem realisiert haben, verhungert die ärmste Milliarde. Teil einer Global-Governance-Ordnung muss sein, dass die ärmste Milliarde wenigstens so ausgestattet wird, dass sie jederzeit ihren Reis und was sonst noch dazugehört kaufen kann. Das bedingt auch Umverteilung, aber mehr noch eine Entwicklung im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe.

Wenn wir einen solchen Ausgleich nicht erreichen, dann bekommen wir einen offensichtlich fundamental so ungerechten Zustand, dass sich „heilige Kriege" in unseren eigenen Ländern ereignen können. Ich sehe insofern eine große Bedrohung der reichen Länder im potenziellen Widerstand aus der eigenen Bevölkerung heraus, also von gut ausgebildeten, finanzstarken Menschen aus den reichen Ländern, die das als ungerecht empfundene System von innen heraus bekämpfen werden. Die Achillesferse der entwickelten Welt könnten dabei die Infrastruktursysteme, also z. B. das Internet, die Energieversorgung und die Trinkwasserversorgung sein. Aber wir wollen hoffen, dass die Welt vorher zu zukunftsfähigen Ordnungsentscheidungen in der Lage ist.

GG: *Herr Prof. Radermacher, vielen Dank für das interessante Gespräch.*

Das Gespräch führte Armin Frey, SRzG



Quelle: Globale Trends 2000, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH

Globalisierung und Global Governance

Die Globalisierung der letzten Dekaden beschleunigte das Zusammenwachsen der Welt. Grenzen, die nationale Gesellschaften jahrhundertelang voneinander trennten, werden immer poröser.

Globale Räume, Interdependenzen und Trends verändern Gesellschaften, Ökonomien und sogar die Bezugssysteme für Individuen:

Die Tschernobyl-Katastrophe von 1986 und das in den 90er Jahren entdeckte Ozonloch machten schlagartig deutlich, dass die Menschheit de facto zu einer *globalen Risikogemeinschaft* zusammenwächst. Die Globalisierung der internationalen Finanzmärkte, die sich seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems von 1973 durchsetzte, beschleunigte die Herausbildung einer *globalen Marktwirtschaft,* die seit dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder Ende der 80er Jahre zum Referenzrahmen für die Entwicklungsanstrengungen nahezu aller Ökonomien wurde. Die Internet-Revolution, die sich erst seit Mitte der 90er Jahre ihre Bahn bricht, schafft völlig neue Grundlagen für eine *weltweite Kommunikations- und Wissensinfrastruktur,* die Wirtschaft, Wissenschaft, Konsummuster, individuelle und kulturelle Beziehungen tief greifend verändert. Interkontinentalflüge, noch vor wenigen Jahrzehnten ein elitäres Luxusgut, wurden zumindest in den Industrieländern zu einer Massenware. Sie sind ein Sinnbild für die Herausbildung *einer weltumspannenden Verkehrs- und Transportinfrastruktur,* die grenzüberschreitende Tourismus-, Migrations- und Warenströme gleichermaßen befördert.

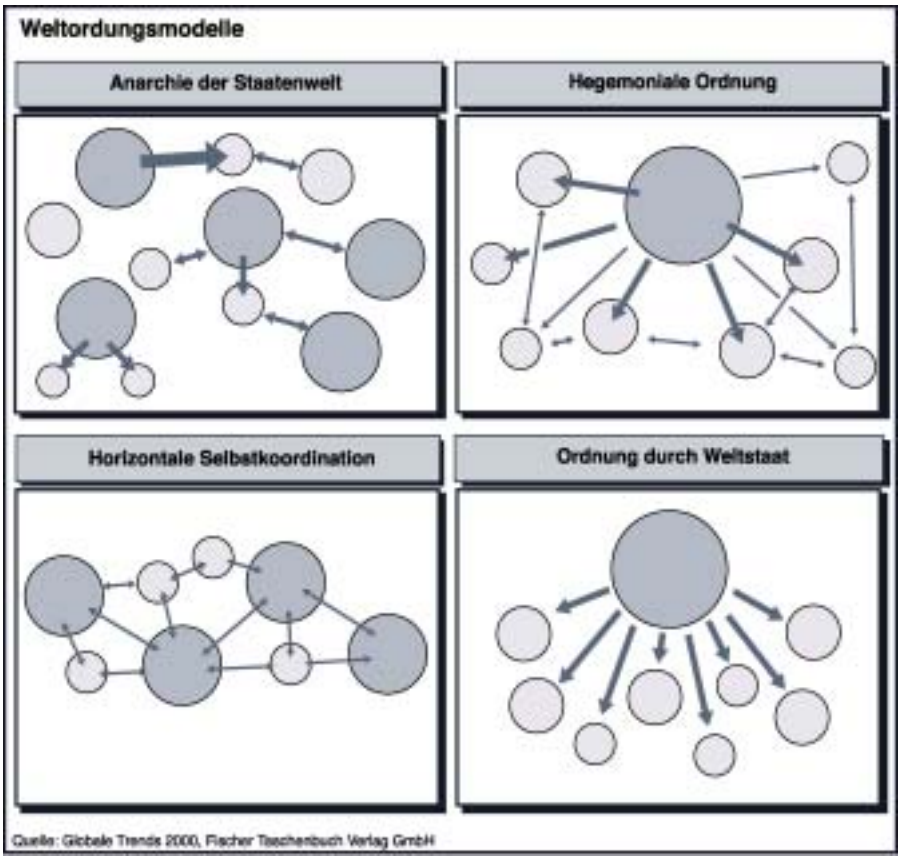
Für Staaten, aber auch nichtstaatliche Akteure ist es zunehmend unmöglich, sich von Ereignissen, die anderswo auf der Welt stattfinden, abzukoppeln oder diese zu ignorieren. Die entscheidende Frage ist, wie die Globalisierung politisch gestaltet und damit das Primat der Politik gesichert werden kann.

Umrisse einer Global-Governance-Architektur Global-Governance-Konzepte basieren auf der Überlegung, dass die *Politik der Globalisierung nachwachsen muss*, also die Gestaltung der Globalisierung nicht den Nationalstaaten allein überlassen werden kann. Wenn politische Ziele nicht mehr auf nationaler Ebene erreicht werden können, dann müssen sie auch auf europäischer oder internationaler Ebene verfolgt werden. Die Global-Governance-Perspektive ist durch sechs Dimensionen charakterisiert:

1. Die Global Governance - Architektur ist polyzentrisch: Während im Kontext nationaler Gesellschaften der Nationalstaat über hierarchische und majoritäre Entscheidungsfindungs- und Problemlösungspotenziale verfügt, existiert im internationalen System keine dem Nationalstaat vergleichbare übergeordnete Instanz. Politik basiert hier auf kollektiven Entscheidungsfindungsprozesssen und dem Einvernehmen der beiteiligten Regierungen, also a priori einem System „geteilter Souveränitäten".

2. Global Governance wird nicht nur von Regierungen gemacht: Um die Globalisierung gestalten zu können, müssen auch die Problemlösungspotenziale privater Akteure (der Wirtschaft, der Gewerkschaften, von NGOs wie Umweltorganisationen und Verbraucherorganisationen) mobilisiert werden. Ohne das Wissen von Unternehmen, aber auch NGOs über zukünftige Problemkonstellationen, komplexe Wirkungszusammenhänge, technologische Entwicklungsdynamiken und unterschiedliche Lösungsoptionen sowie die Agenda-Setting-, Kontroll-, Monitoring- und Öffentlichkeitsfunktionen von NGOs kann Global Governance weder effektiv sein noch Legitimation erlangen. Die Regierungen behalten das Monopol zur Fixierung und Durchsetzung von Politiken, private Akteure spielen jedoch in den Phasen der Problemidentifikation, der Analyse der Problemzusammenhänge, der Implementierung eine wachsende Rolle. Wegweisende Beispiele gibt es durchaus: die privat organisierte International Air Transport Association, die Überwachungsfunktionen in der globalen Luftfahrt wahrnimmt, aber öffentlichen Monitoringverfahren unterliegt oder der Erfolg einer weltweiten NGO-Kampagne für das Verbot von Personenminen, die Ende 1997 zu einer internationalen Regierungskonferenz führte, auf der ein Verbot der Minen festgeschrieben wurde.

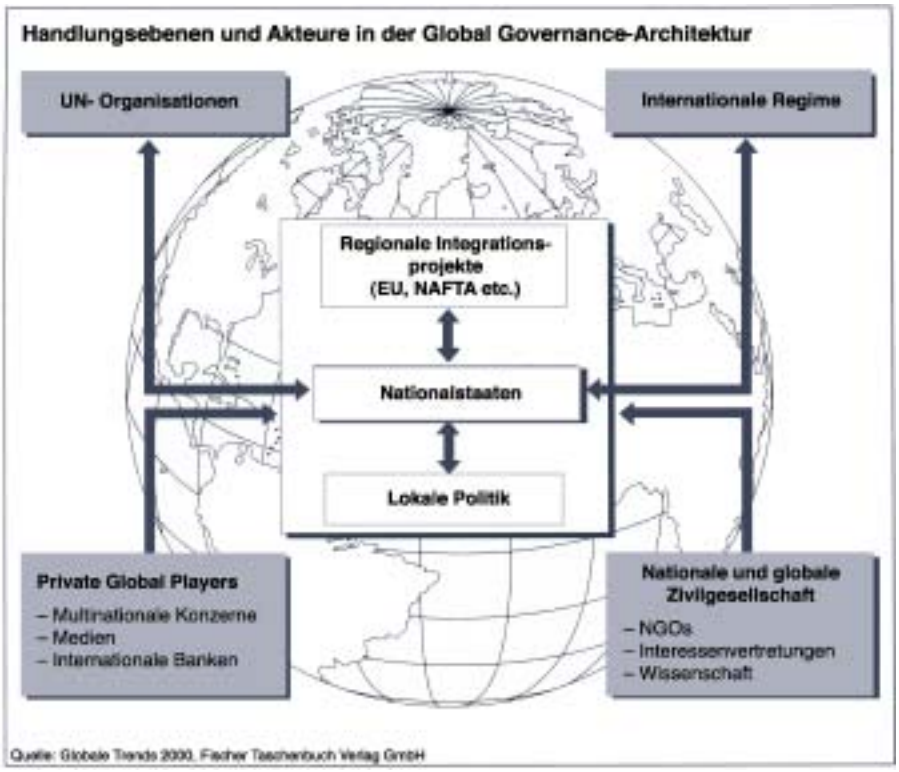
3. Global Governance baut auf unterschiedlichen Formen von grenzüberschreitender „public-private-partnership" sowie kollektiver Entscheidungsfindung und Problemlösung auf: Weil die Steuerungsressourcen (Wissen um Wirkungszusammenhänge, Fähigkeit zur Rahmensetzung und Durchsetzung von Ordnungen, usw.) zur Lösung grenzüberschreitender und globaler Probleme oft breit auf unterschiedliche Akteure verteilt sind, gewinnt grenzüberschreitendes „public-private-partnership" an Bedeutung. Die *Staaten* sind in vielen Fällen auf das Know-how und die Kooperation beteiligter privater Akteure angewiesen, weil sie sonst in komplexen Politikfeldern den raschen Veränderungsprozessen nur „hinterherregulieren" können. Die *Unter-*



nehmen sind wiederum auf nationale wie globale Ordnungsleistungen (z. B. auf den internationalen Finanzmärkten), verlässliche Rahmenbedingungen und Standards (z. B. soziale und ökologische Mindeststandards, um öffentlichen „Anklagen" durch NGOs und entsprechendem Prestigeverlust zu entgehen) angewiesen, die der Markt nicht aus sich heraus produzieren kann. International, national und lokal agierende *NGOs* sind wichtige Frühwarnsysteme für Zukunftsprobleme in einer immer vernetzteren Welt und etablieren sich zunehmend auch als kompetente Gesprächspartner für Regierungen und private Entscheidungträger. *Internationale Organisationen* können Koordinationsfunktionen in der Global-Goverance-Architektur übernehmen und tragen zur Herausbildung globaler Sichtweisen und Problemwahrnehmungen bei. Nur durch das Zusammenwirken dieser Akteursgruppen kann Global Governance gelingen.

4. Global Governance findet im Spannungsfeld von nationalen Interessen, (oft asymetrische) Machtbeziehungen und der Notwendigkeit zu gemeinsamer Problemlösung statt: Faktisch asymetrische Machtbeziehungen in der Weltgesellschaft führen bisher häufig dazu, dass Global Goverance in Angriff genommen wird, wenn die Interessen der mächtigen Länder und Akteure tangiert sind (z. B. der Industrieländer und der internationalen Banken, die um eine Eindämmung der Wirkungen der Asienkrise bemüht sind) und Problemlösungen ausbleiben, wenn dies nicht der Fall ist (z. B. wenn es um die Armutsbekämpfung in den ärmsten Entwicklungsländern geht, die seit Jahren nicht vorankommt). Diese Situation ist nicht nur aus normativen Gründen fragwürdig: Sie unterminiert vor allem die Bereitschaft der schwächeren Länder zur Zusammenarbeit - und damit in längerer Perspektive die Chancen auf die Bewältigung von Weltproblemen, z. B. im Umweltbereich, zu deren Lösung auch diese Gesellschaften beitragen müssen. In der globalisierten Welt verfügen zuweilen auch die Schwachen durchaus über Machtpotenziale!

5. Global Governance beschränkt sich nicht auf mehr Multilateralismus, sondern basiert auf Mehrebenenpolitik in der Global-Governance-Architektur (lokal - national - Regionen [EU, NAFTA etc.] - multilateral - global): Grenzüberschreitende und globale Probleme werden keineswegs nur auf globaler Ebene, durch internationale Organisationen oder internationale Regime (wie die WTO, das Ozon-Regime) bekämpft. Entscheidend ist, dass viele Probleme politische Antworten von der lokalen bis zur globalen Ebene notwendig machen. Beispiel Klimapolitik: Es existieren Klimaschutzmaßnahmen, die international abgestimmt werden müssen (z. B. völkerrechtliche Vereinbarungen über Emissionsminderungsziele); es gibt andere Klimaschutzmaßnahmen, die besser international abgestimmt werden sollten, wo dies aber nicht zwingend notwendig ist (z. B. Energiesteuern); und es verbleiben auch weiterhin vielfältige Spielräume und Anforderungen für Maßnahmen auf der lokalen und nationalen Ebene, die keiner internationalen Abstimmung bedürfen (Wärmedämmung von Gebäuden, Abwärmenutzung in der Industrie, Tempolimits). Die Bündelung von Problemlösungsansätzen über die Handlungsebenen hinweg verlangt leistungsfähige nationale Institutionen, ein hohes Maß an internationaler Monitoring- und Koordinationsfähigkeit sowie grenzüberschreitende Kommunikation und Lernbereitschaft.



6. Global Governance führt zu einer tiefgreifenden Transformation der Politik und erzwingt institutionelle Innovationen: Politik wird in immer stärker horizontal und vertikal vernetzten Strukturen stattfinden. Netzwerkstrukturen in und zwischen Gesellschaften gewinnen an Bedeutung, hierarchische Steuerung durch eine Politikinstanz wird zur Ausnahme, das Konzept nationalstaatlicher Souveränität wird perforiert durch Systeme geteilter Souveränitäten, das internationale System der Staatenwelt wird überlagert durch eine Mehrebenenstruktur der Global-Governance-Architektur. Die Herausforderung besteht darin, punktuelle institutionelle und prozedurale Reformen auf den unterschiedlichen Handlungsebenen sowie Strategieentwürfe zur Lösung grenzüberschreitender und globaler Probleme mit dem Fluchtpunkt eines kooperativen Global-Governance-Projektes voranzutreiben, um aus dem bestehenden Flickwerk einen tragfähigen Flickenteppich und aus fragilen Policy-Patchworks (z. B. isolierten, sich überlagernden, z. T. sich widersprechenden Umweltregimes) leistungsfähige Policy-Netzwerke (z. B. im Sinne einer Weltumweltpolitik) zu entwickeln. Die Global-Governance-Perspektive stellt für die politische Praxis und die Wissenschaft einen Referenzrahmen dar, der Korridore zur Rückgewinnung von Handlungsspielräumen für die Politik eröffnet

Dr. Dirk Messner

Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg. Vgl. zum Thema: Ingomar Hauchler/ Dirk Messner/ Franz Nuscheler (Hg.): Globale Trends 2002, Frankfurt 2001

Man wird kaum neue Kontinente entdecken, ohne alte Küsten aus den Augen zu verlieren.

Andre Gide

Global Economic Governance

Mit zunehmender Globalisierung überschatten Krisen globaler Finanzmärkte die Weltwirtschaft.

Die Erscheinungsformen dieser Krisen zeigen sich in Zahlungsproblemen von Staaten, Kapitalabzug privater Anleger und Währungsverfall. Die Ursache liegt meist in der Reaktion privater Anleger, Firmen und Banken auf wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen in Schwellenländern. Die Konsequenzen für die betroffenen Staaten sind gravierend: Den Finanzproblemen folgten Rezession, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, politische Unruhen und ein Stillstand jeglicher Investitionstätigkeit. Lateinamerika erlebte die 80er Jahre wegen der Verschuldungskrise als entwicklungspolitisch „verlorene Dekade“, in Mexiko war 1994 das marktwirtschaftliche Modell gefährdet und in Asien wurde 1997/98 der Mythos vom unaufhaltsamen Aufstieg der „Tiger“ entzaubert. Die Aufgabe für Politik und Analyse ist damit klar: Wie können Staaten durch multilaterale Kooperation präventiv Finanzkrisen verhindern? Die verschiedenen Vorschläge zu einer neuen weltwirtschaftlichen Architektur werden im Folgenden unter dem Aspekt der Global Economic Governance (GEG) untersucht und entlang der Kriterien der Problemlösungsfähigkeit, der Realisierungschancen und der demokratischen Legitimierung bewertet.

[1] Problemlösungsfähigkeit

Jede Regulierung transnationaler ökonomischer Ströme zum Zweck der Krisenprävention trifft auf zwei grundlegende Dilemmata: *Erstens* liegen die Ursachen der Krisen auch in der „falschen“ Politik der betroffenen Länder. Verhaltenskodizes für privatwirtschaftliche Akteure oder entsprechende gesetzliche Vorschriften treffen daher nur einen Aspekt des Problems. GEG kann deshalb nur Lösungsfähigkeit erreichen, wenn sich auch Entwicklungsländer zu kalkulierbarer Wirtschaftspolitik verpflichten. Das *zweite* Dilemma ergibt sich, wenn eine zu starke Reglementierung privatwirtschaftlicher Mobilität die erwünschten Wachstumsimpulse globalen Wirtschaftens verhindert. In diesem Fall wäre Krisen zwar vorgebeugt, aber gleichzeitig dem Gemeinschaftsinteresse an Entwicklungsschüben zuwidergehandelt.

Um beide Dilemmata aufzulösen, müsste GEG sowohl staatliches Verhalten konditionieren wie privates Engagement so regeln, dass globale Marktprozesse nicht zum Erliegen kommen. Hier machen vor allem Vorschläge Sinn, die sich auf die Vermeidung schneller spekulativer Transfers beispielsweise durch ihre Besteuerung sowie auf eine Beaufsichtigung und Koordination transparenter, stabilitätsorientierter und marktwirtschaftlicher Politik von Staaten konzentrieren. Zur Problemlösungsfähigkeit ist auch wichtig, diejenigen privaten Akteure in die Kosten des Krisenmanagements einzubeziehen, die durch Ressourcentransfer Krisen auslösen können. Eine stärkere Mitsprache von Entwicklungsländern und von NGOs in internationalen Organisationen scheint dagegen wenig zur Verhinderung von weltwirtschaftlichen Krisen beitragen zu können: Die Einbeziehung von Staaten, die selber darum ringen, eine konsistente, stabil-transparente Wirtschaftspolitik durchzuhalten, und von NGOs, die keine gesamtwirtschaftlichen Interessen verfolgen, ist kein überzeugender Beitrag zum Management weltwirtschaftlicher Krisen. In Bereichen, in denen sie eine spezifische Kompetenz besitzen (etwa Umweltpolitik), mag die Beteiligung von NGOs dagegen der Problemlösung dienlich sein.

Denken kannst du

Denken
kannst du nicht lernen.
Denken
kannst du verlernen.
Das kannst du lernen.

Falko Maxin, YOIS

[2] Realisierungschancen

Die Umsetzbarkeit der meisten Vorschläge ist skeptisch einzuschätzen. Das schwerwiegendste Problem ist in der Funktionslogik globaler Märkte begründet: Da sie potenziell global operieren, würden sie diejenigen Staaten meiden, die ihre Aktivitäten reglementieren. Voraussetzung für eine gemeinsame Ordnungspolitik ist daher, dass *alle* Staaten die Regeln umsetzen. Dagegen wehren sich auch Entwicklungsländer, die etwa in niedrigeren Sozial- und Umweltstandards, in kaum vorhandener Bankenaufsicht, manipulierten Wechselkursen und kurzfristigen Investitionsanreizen wichtige Wettbewerbsvorteile gegenüber Industrieländern sehen. Selbst unter Industrieländern ist zur Zeit kein Konsens über eine gemeinsame Regelung von globalen Märkten erkennbar. Die Wahlerfolge der reformorientierten sozialdemokratischen Parteien in Großbritannien, Deutschland und Frankreich belegen, dass Marktwirtschaft in den Industrieländern auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens basiert.

Auch die Realisierungschancen einer „Demokratisierung“ internationaler Organisationen oder einer Erweiterung des Einflusses von Schwellenländern wie China oder Indien scheinen gering. Zum einen ist den Geld gebenden Steuerzahlern der Industrieländer (IWF, Weltbank) nicht vermittelbar, warum ihre Ressourcen nach Vorstellungen von Entwicklungsländern ausgegeben werden sollten – Vorstellungen, die oftmals kaum mit den politischen oder ökonomischen Modellen der Industrieländer in Einklang zu bringen sind. Eine „Demokratisierung“ des IWF hätte wahrscheinlich einen Rückzug der Industrieländer und damit auch der finanziellen Ressourcen zur Folge. In den USA existieren bereits heute Bestrebungen, die Beiträge zum IWF zu streichen – gestützt auf die Überzeugung, der IWF würde mit seinen Rettungsaktionen nur privatwirtschaftliche Spekulation und „falsche“ Wirtschaftspolitik abfedern und somit krisenhaftes privates wie staatliches Verhalten stimulieren („moral hazard“).

Einige Aspekte der vorgeschlagenen Maßnahmen rufen auch deshalb Skepsis hervor, weil sie eine unbeschränkte Regulierungsfähigkeit von Staaten voraussetzen. Will man aber die Globalisierung nicht zurückdrehen, dann muss akzeptiert werden, dass globale Märkte den Einsatz gerade binnenorientiert-interventionistischer Instrumente einschränken. Mit der Liberalisierung von Handel, Kapitalverkehr und Investitionen haben sich Staaten in den letzten Dekaden bewusst dafür entschieden, Wachstumsimpulse auf Kosten von Interventionsfähigkeit zu erzielen. Eine Wiedereinführung von Reglementierungen wäre nicht nur aufgrund der teilweise geringeren Effizienz staatlicher Instrumente schwer durchzusetzen, sie würde auch einer weitgehend erfolgreichen marktwirtschaftlichen Strategie zuwiderlaufen. Schließlich haben nicht nur die Industrieländer in den letzten Dekaden ein außergewöhnliches Wachstum verzeichnet, sondern meist auch diejenigen Entwicklungsländer, die sich marktwirtschaftlich in die Weltwirtschaft integriert haben. Dass die gesamtwirtschaftlichen Wohlstands-

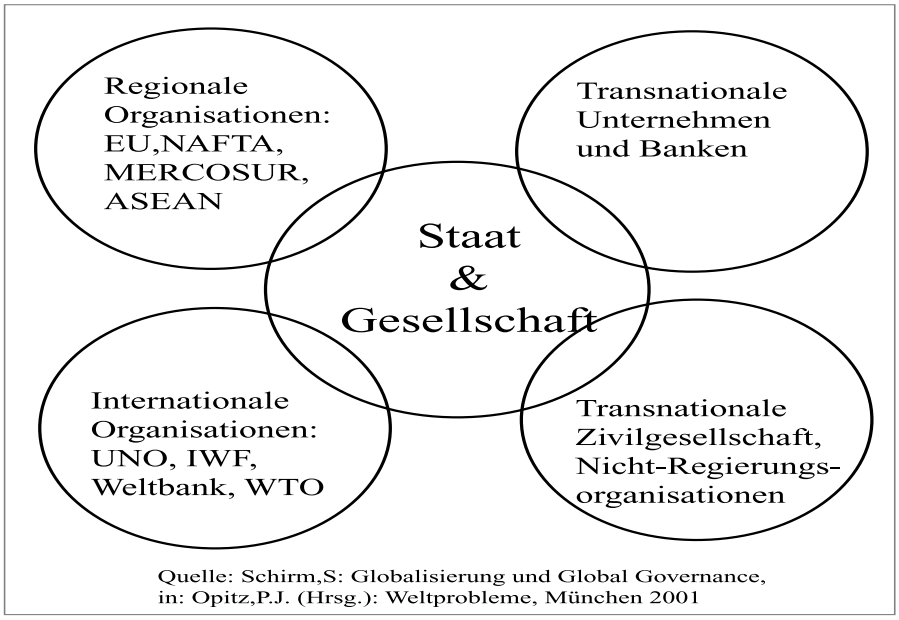
gewinne binnengesellschaftlich zum Teil extrem ungleich verteilt wurden, ist maßgeblich ein Ergebnis des politischen Systems der einzelnen Staaten, in Entwicklungsregionen oftmals das Resultat oligarchischer oder autoritärer politischer Strukturen.

[3] Legitimität

Die oftmals autoritär-oligarchischen politischen Strukturen in Entwicklungsländern lassen die Legitimität einer „Demokratisierung" internationaler Organisationen zweifelhaft erscheinen. Denn selbst wenn Staaten des Südens von einer stärkeren Mitsprache profitieren würden, wäre es fraglich, ob die Bevölkerungsmehrheit in den Genuss etwaigen Wachstums käme. Damit GEG auch der Bevölkerung in Entwicklungsregionen zugute kommen kann, müsste sichergestellt werden, dass die beteiligten Regierungen ihren Bürgern demokratisch rechenschaftspflichtig sind. Eine ähnliche Problematik ergibt sich für die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs): Sie vertreten Partikularinteressen und sind nicht demokratisch legitimiert. Selbstverständlich ist beispielsweise Umweltschutz ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Im ökonomischen Bereich wären davon aber sehr diverse Interessengruppen betroffen, die nicht unbedingt ein Gemeinschaftsinteresse vertreten. Transnational tätige Unternehmer repräsentieren eine Globalisierungsklientel und nicht die Interessen rein lokaler Produzenten. Auf der anderen Seite vertreten Gewerkschaften die Forderungen ihrer Mitglieder nach Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzsicherheit und eben nicht den Wunsch von Arbeitslosen nach einem Job. Insofern ist der Staat, repräsentiert durch eine demokratisch legitimierte Regierung, die einzige Instanz, die im Prinzip dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft ist Voraussetzung für eine Global Economic Governance, die den Interessen der Bevölkerungsmehrheit folgt. Die Bündelung der Interessen gesellschaftlicher Strömungen zu politischen Entscheidungen kann von „der Zivilgesellschaft" und den NGOs nicht geleistet werden.

Globalisierung demokratisch legitimierter sozialer Marktwirtschaft

Den Kriterien der Problemlösungsfähigkeit, der Realisierbarkeit und der Legitimität würde GEG näher kommen durch weltweite Ausdehnung einer auf sozialen Ausgleich eingestellten, demokratisch legitimierten Marktwirtschaft. Kern eines solchen GEG-Konzeptes ist eine marktliberale Politik, die sowohl den seit Dekaden vorherrschenden Vorstellungen der Industrieländer wie auch den marktwirtschaftlichen Reformen in vielen Schwellenländern der 90er Jahre entspräche. Gleichzeitig fördert diese Politik globale Märkte, indem sie Globalisierung als Chance für Wachstumsimpulse behandelt. Marktwirtschaft bedeutet aber nicht nur individuelle Selbstverantwortung der Marktteilnehmer und Wettbewerb, sondern auch verbindliche politische Regeln zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Marktes. Dazu gehören transparente und gesellschaftlich kontrollierte politische Entscheidungsprozesse ebenso wie eine Aufsicht, die in den Industrieländern durch Kartellämter, Bankenaufsicht und Wettbewerbsrecht gegeben ist. Eine Globalisierung dieses Modells auf nationaler Ebene in Entwicklungsregionen und auf multilateraler Ebene könnte krisenhafte Entwicklungen verringern, ohne transnationales Wirtschaften zu bestrafen.



Quelle: Schirm,S: Globalisierung und Global Governance, in: Opitz,P.J. (Hrsg.): Weltprobleme, München 2001

Akteure der Globalen Governance

Gleichzeitig müssten aber auch sozialer Ausgleich und demokratische Legitimität globalisiert werden, um die Bevölkerungsmehrheit an Wohlfahrtsgewinnen in Entwicklungsländern zu beteiligen. „Der Markt" und „die Politik" an sich sind weder gut noch schlecht. Entscheidend ist die Frage, welche Art von Markt und welche Art von Politik im Sinne breitenwirksamen Wohlstandes und krisenfreier Weltwirtschaft anzustreben sind. Relevant ist, welche Politik dies erreichen kann und nicht, „das Primat der Politik über den Markt" als Selbstzweck zu verfolgen. Daher kommt GEG auch nicht um die Frage der „Good Governance" herum. Kriterien für „Good Governance" sind nach Weltbank und IWF neben marktwirtschaftlichen Spielregeln auch Armutsbekämpfung, niedrige Korruption, Steuereintreibung, solide Staatsfinanzen, geringe Rüstungsausgaben, etc. Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft (IWF) wie auch einzelner Geberländer (Entwicklungshilfe) sollte stringenter als bisher an die Erfüllung von „Good Governance" gekoppelt werden. Dies lässt sich aber nur erreichen, wenn zumindest die OECD-Staaten ihre intern wirksamen Regeln auch multilateral verankern. Selbst die Globalisierung der Mindestvorstellungen über demokratische Rechenschaftspflicht, marktwirtschaftliche Stabilität und soziale Verantwortung des Staates würde aber Entwicklungsregionen wie privatwirtschaftlichen Akteuren einen Orientierungsrahmen geben, der weltwirtschaftliche Krisen besser beherrschbar machen und breitenwirksame Entwicklung stimulieren könnte.

Prof. Dr. Stefan A. Schirm
Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften,
Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen und Europäische Integration

Der Zweck des Lernens von heute besteht darin, das Verständnis von gestern zu besiegen.

Miyamoto Musashi

Der Protest muss weitergehen für eine ökologische und soziale globale Marktwirtschaft

Nach Genua – wie geht es weiter?

Eine weltweite Deregulierung und Privatisierung bis auf US-amerikanisches Niveau ist alles andere als Wünschenswert. Es geht den Demonstranten deshalb darum, den European Way of Life gegen den American Way of Life zu verteidigen. Der Markt ist gut für die Starken, der Staat aber ist gut für die Schwachen, sie brauchen ihn, um im freien Spiel der Kräfte nicht unterzugehen.

Aber warum bekämpfen die Demonstranten die Politiker statt die Wirtschaftsbosse? Die Demonstranten glauben Schröder und seinen Kollegen nicht mehr. Denn seit Jahren kommen die Regenten der führenden Industrieländer in zentralen Zukunftsfragen der Menschheit nicht voran:

Beispiel Steuerflucht: Steueroasen wie die britischen Cayman-Inseln, die niederländischen Antillen, Liechtenstein oder Hongkong geraten zusehends zu einem schwarzen Loch der Weltwirtschaft, in dem nach Schätzungen des IWF private Vermögen im Umfang von über fünf Billionen Dollar gebucht sind, um die Erträge steuerfrei kassieren zu können. Allein dem deutschen Fiskus entgehen so mindestens zehn Milliarden Mark jährlich. Doch alle Initiativen, die so genannten Off-shore-Finanzplätze stillzulegen, scheiterten, weil die Regierungen nicht die Kraft aufbringen, dieses Privileg der Reichen anzutasten.

Beispiel multilaterale Abkommen: Die USA isolieren sich immer mehr. Erst lehnen die USA fast alleine den Internationalen Strafgerichtshof ab, aus Angst, CIA-Agenten könnten sich davor verantworten müssen. Jetzt steigen die USA aus dem Kyoto-Prozess aus. Die Wahrscheinlichkeit, dass kleinere pazifische Inselstaaten damit noch in diesem Jahrhundert im doppelten Wortsinne untergehen, steigt damit an. Die USA müssen aufpassen, dass sie sich nicht selbst immer mehr von der Weltgemeinschaft isolieren. Immerhin zeigt die Verabschiedung des Kyoto-Protokolls ohne die Amerikaner, dass sich die Welt nicht zur Geisel nehmen lässt.

Was wollen die Demonstranten von Genua? Die soziale und ökologische Marktwirtschaft wurde in Genua als eine echte Alternative zum Manchester-Liberalismus dargestellt. Von einigen. Von anderen, wie den französischen Kommunisten und ihrer Ikone Pierre Bourdieu wird dagegen immer noch nicht hingenommen, dass 1989 „das Ende der Geschichte des Sozialismus“ ausgebrochen ist und es keine Systemalternative zur Marktwirtschaft mehr gibt. Die Protestbewegung ist vielgestaltig und uneinheitlich. Es ist wegen der Unterschiedlichkeit der Protestgruppen schwer, zu einer einheitlichen Bewertung zu kommen. Auf der deutschsprachigen Homepage von Attac, einer der führenden Organisationen im Konzert der Globalisierungsgegner (http://www.attac-netzwerk.de) findet man sinnvolle Forderungen. Aber solange dies mit einer destruktiven Ablehnung von internationalen Gipfeln überhaupt gepaart ist (wie bei der französischen Mutterorganisation von Attac), geht der Protest in die falsche Richtung. Wenn der G8-Gipfel in Genua tatsächlich abgesagt worden wäre, so hätte dort auch nicht der milliardenschwere Hilfsfond gegen AIDS und andere Krankheiten in Entwicklungsländern beschlossen werden können. Wo soll denn die geforderte Tobin-Tax beschlossen werden, wenn nicht auf einem Gipfel? Von fast allen Experten wird Global Governance als eine Strategie anerkannt, die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung zu bekämpfen. Das ganze Konzept von Global Governance hat mehr internationale Zusammenarbeit, mehr Gespräche, mehr Gipfel zum Kern. Auch maßen sich einige Protestanten an, für Gruppen zu sprechen, die keineswegs mit ihnen übereinstimmen. Die Gegnerschaft zur Handelsliberalisierung beispielsweise findet wenig Unterstützung bei den Entwicklungsländern, die die Marktöffnung der reichen Länder als schnellsten Weg aus der Armut verstehen. Dies betonten die eingeladenen Regierungsvertreter von Entwicklungsländern gerade in Genua.

Vom destruktiven zum konstruktiven Protest. Es genügt leider nicht, zu wissen, wogegen man ist. Wenn die Globalisierungsgegner nicht an Legitimation verlieren wollen, so müssen sie umschwenken auf konstruktiven Protest. Wenn 100.000 Menschen einen verbindlichen Umweltstandard fordern, nach dem Produkte ausgezeichnet sein müssen, bevor sie gehandelt werden dürfen, so beeindruckt dies die Regierungschefs bei der nächsten WTO-Runde. Wenn 100.000 aber nur destruktiv gegen Globalisierung allgemein demonstrieren und die Bilder von blutigen Krawallen dauernd zunehmen, so wird sich de facto gar nichts zum Besseren ändern. Eine konstruktive Kritik an den Auswüchsen der Globalisierung wird also immer wichtiger. Eine platte Ablehnung des Liberalismus (wie sie im Begriff „Neoliberalismus“ durchschimmert) führt dagegen zu gar nichts. Gerade die deutschen Gruppen – die sich eher als „Politikfacharbeiter auf Montage“ (Der Spiegel) denn als Revolutionäre fühlen – können hier vorangehen. Sie sollten deutlich machen, dass das Ziel eine ökologische und soziale Marktwirtschaft ist. Nicht weniger, aber auch kein Systemwechsel.

(Den vollständigen Artikel finden Sie im SRzG/YOIS-Forum: www.srzg.de)

Jörg Tremmel, SRzG

Wenn einer alleine träumt, so ist es nur ein Traum. Wenn viele träumen, so kann es schon bald Realität sein.

Heinrich Heine

Die Gewaltfrage

Eine Kritik an den Antiglobalisierungsaktionen von Genua

Der G8-Gipfel in Genua, der zeitgleich mit der Weltklimakonferenz stattfand, hat im Hinblick auf gewalttätige Ausschreitungen die schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Ein italienischer Demonstrant wurde erschossen, mehrere Demonstranten liegen immer noch im Koma, ein Polizist verlor sein Auge, 220 weitere Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Genua – das war Krieg, schlimmer als Göteburg, Prag und Davos zusammen, allenfalls noch vergleichbar mit Seattle.

An der Gewalt war diesmal auch die italienische Polizei mit Schuld. Der autokratische Berlusconi wollte es den Demonstranten, die seinen idyllischen Gipfel kaputtzumachen drohten, mal richtig zeigen. Bei ihrem Sturm auf eine Schule, in der die Globalisierungsgegner schliefen, knüppelte die Polizei auf wehrlose Schlafende ein. Darf man angesichts dieser Exzesse der italienischen Polizei überhaupt die Frage nach der Gewalt der Demonstranten stellen? Auch beim letzten großen Gipfel, in Stockholm, gab es Gewalt – obwohl dort die Polizei auf eine Deeskalations-Strategie ge-

setzt hatte. Die Gewalt der Gipfelgegner ist eine Konstante. Die gewaltbereiten Demonstranten verhindern, dass die Argumente der Gegner einer global kapitalisierten Welt gehört werden. So ist eine andere Welt nicht zu erstreiten.

Wie kann der Protest in Zukunft friedlicher werden? Warum nimmt die überwältigende Mehrheit der friedlichen Demonstranten bei großen Gipfelveranstaltungen hin, dass einige professionelle Krawallmacher die Gipfel regelmäßig für ihren Lustgewinn instrumentalisieren? Es gehört Zivilcourage dazu, nach Genua zu fahren. Aber es ist auch eine Frage der Zivilcourage, ob man entschieden einschreitet, wenn Mitdemonstranten zu den ersten Steinen greifen. Zumindest hätten die Organisatoren der friedlichen Großdemo die Globalisierungsgegner in einer Erklärung isolieren können, wozu die Staatschefs sie auch aufgefordert hatten.

Welches Verhältnis zur Gewalt hat YOIS? SRzG und YOIS haben mehrere Demos gemacht, u.a. Nizza, die „Rentendemo" in Berlin und die Demo nach dem Jugendklima-Gipfel in Bonn. Nie wären wir dabei auf die Idee gekommen, einen Polizisten anzugreifen. Dies lag einfach außerhalb der Vorstellungswelt. Wie kommt es, dass es in Genua nicht genauso undenkbar war? Da der Protest gegen eine unökologische und unsoziale Marktwirtschaft wichtig bleibt, wird YOIS auch in Zukunft – gemeinsam mit der SRzG – zu Demos fahren, vielleicht sogar mehr als bisher. Wir sind auch Teil der „Bewegung", und was in Genua passiert, das geht uns etwas an. Es sind heute dieselben Diskussionen zu führen, die auch die 68er führten, als die RAF aufkam. Muss man nicht den bewaffneten Arm, den Krawall machenden Arm, den Medienaufmerksamkeit sichernden Arm der Bewegung zumindest tolerieren? Nein, muss man nicht.

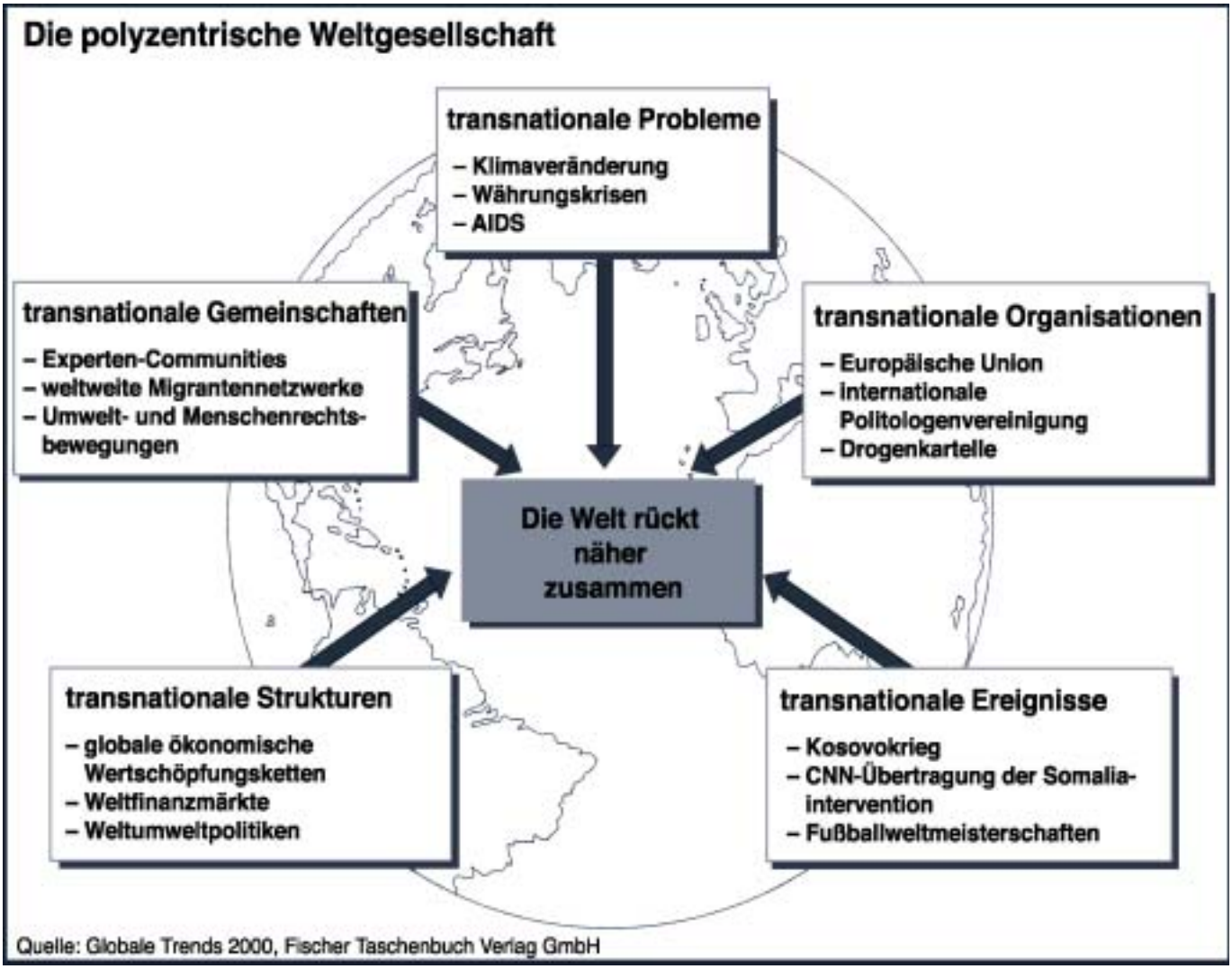
Jörg Tremmel, SRzG

(Den vollständigen Artikel finden Sie im SRzG/YOIS-Forum: www.srzg.de)

Global Environmental Governance:

Bekämpfung globaler Umweltprobleme im Rahmen des GATT/WTO-Systems

Global Environmental Governance geht der Frage nach, welche Institutionen, d.h. welche (staatlichen) Gesetze und internationalen Verträge angesichts der heutigen weltweiten Probleme im Bereich des Umweltschutzes eine effiziente Allokation knapper Resssourcen erlauben. Eine Möglichkeit, Umweltinteressen zu behandelt, bietet sich im Rahmen des GATT/WTO-Systems. Die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf stellt den organisatorischen und rechtlichen Rahmen für die Liberalisierung des internationalen Handels und den Abbau von Handelsbarrieren dar. Mit einer zunehmenden Globalisierung des Handels und der Umweltprobleme hat jedoch auch das Interesse zugenommen, auf die Umweltpolitik anderer Länder Einfluss zu nehmen, z. B. durch Handelsbarrieren. Der GATT-Vertragstext enthält, abgesehen von der Präambel des Übereinkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO), welche neben dem Umweltschutz auch auf das Nachhaltigkeitsprinzip verweist, keine positive Verpflichtung zur Berücksichtigung von Umweltschutzinteressen. Der Umweltschutz kann ledig-



lich im Rahmen der Ausnahmevorschrift des Art. XX als Rechtfertigung von ansonsten gegen das GATT verstoßenden Maßnahmen angeführt werden. Art. XX(b) GATT rechtfertigt Maßnahmen, die zum Schutz des Lebens und der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen erforderlich sind. Art. XX(g) GATT betrifft Maßnahmen, die sich auf die Erhaltung erschöpflicher Naturschätze beziehen.
Das GATT/WTO-System kennt ein in hohem Maße von den WTO-Mitgliedsstaaten akzeptiertes obligatorisches Streitbeilegungsverfahren, welches sich bereits in mehreren Fällen mit der Auslegung der zum Teil relativ unbestimmten Formulierungen der Art. XX(b) und (g) GATT beschäftigt hat. Bisher befassten sich seit 1982 neun Fälle mit der Auslegung des Art. XX GATT, von denen sich immerhin fünf Fälle auf den Erhalt von Meereslebewesen bezogen, die sich schwerlich dem Hoheitsgebiet nur eines Staates zuordnen lassen. In Bezug auf den Schutz geteilter bzw. gemeinsamer Ressourcen, die sich auf dem Hoheitsgebiet mehrerer Staaten aufhalten, und globaler Ressourcen, die keiner staatlichen Hoheit unterstehen, lässt die Spruchpraxis eine Bevorzugung von multilateralen Maßnahmen gegenüber unilateralen Maßnahmen erkennen.

Anke Thiedemann
(Den vollständigen Artikel finden Sie im SRzG/ YOIS-Forum: www.srzg.de)

...nur wer erwachsen wird und ein Kind bleibt, ist ein Mensch.

Erich Kästner

VORSCHAU...VORSCHAU...VORSCHAU

Die Ausgabe 4/2001

erscheint im November und wird sich intensiv mit dem Thema „Biotechnologie/ Gentechnik“ befassen. Wie wirkt sich die rapide voranschreitende gentechnische Entwicklung auf Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit aus? Ist die Biotechnologie Fluch oder Segen für kommende Generationen?

Unter anderem beschäftigt sich die nächste Ausgabe mit den Themen:

1.) Wann beginnt das Menschsein? Wann beginnt die Menschenwürde?

2.) Forschung an embryonalen Stammzellen (inkl. therapeutisches Klonen)?

3.) PID/Auswahl „wünschenswerter“ Eigenschaften durch Prä-Implantations-Selection (ohne Keimbahnveränderungen)?

4.) Züchtung von „verbesserten“ Menschen durch Keimbahnveränderungen

5.) Was vermögen gentechnisch hergestellte Medikamente zu leisten?

6.) Chancen und Risiken der „grünen Gentechnik“?

7.) Der gläserne Mensch – Was dürfen Versicherungen, Arbeitgeber und Behörden (gerade auch in Bezug auf Kriminalititätsbekämpfung) wissen?

8.) Darf Leben patentiert werden?

Die Aufklärung und Bildung über das schwierige und strittige Thema Gentechnik ist gesellschaftlich notwendig und wünschenswert. Die SRzG wird durch ihre Zeitschrift dazu beitragen.

GSD-Treffen Wien

Global Society Dialogue tagt in Wien Dieses Jahr endet das Treffen in einem öffentlichen Workshop zum Digital Divide in und zwischen Informationsgesellschaften. Die Mitglieder berichten über die aktuelle Lage in ihren Ländern und es werden gemeinsam Lösungsansätze für die globale Entwicklung diskutiert und die Herausforderung der digitalen Spaltung.

Rally of Youth 2001 Vorankündigung

Die diesjährige „Case Study Rally Tizsa River“ war ein voller Erfolg. Knapp 25 Teilnehmer aus vier verschiedenen Ländern Europas fuhren mit Rad und Bus von Budapest nach Bukarest. Ziel der Rally war es, den Einfluss der Umweltkatastrophe am Fluss Theiß auf die Bevölkerung, Politiker und Unternehmer zu evaluieren. Ein ausführlicher Report folgt in der nächsten Ausgabe.

Dokumentation des Europäischen Jugendkongresses 2000 bei der EXPO

Ein Jahr danach ist es Zeit für eine Bewertung des Projektes, welches die SRzG über drei Jahre lang beschäftigte – den Europäischen Jugendkongress (EJK) 2000.
Noch unvergessen sind die schlaflosen Nächte, die Anspannung, die Freude und vor allem das Ergebnis. Der EJK 2000 war die Voraussetzung für die Gründung von YOIS (und für die Strukturreform). Er katapulierte die SRzG sowohl im Hinblick auf Bekanntheitsgrad als auch im Hinblick auf die Bilanzsumme in eine neue Liga. In einer Fortsetzungsreihe wird die GG! dieses Projekt nun dokumentieren. Expraktikanten werden ebenso zu Wort kommen wie Betroffene. In der ersten Folge der Dokumentation wird die Geburtsstunde der Idee zu einem EJK auf dem Politiktest-Kongress 1998 in Erinnerung gerufen. Außerdem wird die Internet Universität, die den Kongress vorbereitete, evaluiert.

Rally of Youth 2001

BÜCHER · BÜCHER · BÜCHER · BÜCHER

Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?

Ulrich Brand, Achim Brunnengräber, Lutz Schrader, Christian Stock, Peter Wahl
Westfälisches Dampfboot 2000, 29,80 DM, ISBN 3-89691-471-5

Diese Studie fasst einen eineinhalbjährigen Diskussionsprozess der Autoren und Herausgeber zu den Konzepten der Global Governance zusammen. Sie bietet einen gut verständlichen und lesbaren Einstieg in das Thema, da sie die geschichtliche Entwicklung der Politik zum Neoliberalismus zusammenfasst, bestehende internationale Strukturen skizziert und Definitionen von Global Governance strukturiert. Weiter werden die drei zentralen Konzepte der „Weltordnungspolitik" beschrieben, verglichen und für unzulänglich befunden: „Globale Nachbarschaft" der *Commission on Global Governance* unter dem Dach der UN, den darauf aufbauenden des *Instituts für Entwicklung und Frieden* in Duisburg (INEF – siehe auch Artikel von Dr. Messner, S. 10) und „Grenzen des Wettbewerbs" der *Gruppe von Lissabon,* der Vertreter aus Westeuropa, Nordamerika und Japan angehören. Allen Ansätzen gemeinsam ist die Identifikation der „Weltprobleme" als ein Auseinanderfallen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Globalisierungsprozesse. Zur Lösung dieser bedürfe es einer neuen globalen Ordnungspolitik inklusive neuer Institutionen und Regime, in die globale, regionale, lokale und zivilgesellschaftliche Akteure zu integrieren sind. Diese globale Steuerung soll ihre Legitimation durch die Herausbildung einer Weltethik mit gemeinsamen Werten zur Handlungsorientierung erfahren. Die Unterschiede der Ansätze bilden die als zentral erachteten Akteure und Prozesse. In der Kritik an diesen Konzepten sowie bestehenden Strukturen und Entwicklungen betonen die Autoren u. a. Demokratiedefizite und machtpolitische Herrschaftsverhältnisse. Als Folge entstehe eine Ungleichberechtigung im Wandlungsprozess und eine „Nachsichtigkeit" gegenüber den Effekten des kapitalistischen Marktes und hegemonialer Akteure (primär der USA). Die abschließenden eigenen Vorschläge einer emanzipatorischen Demokratie und kritischer Gesellschaftstheorie bleiben ähnlich idealistisch wie die als unkonkret kritisierten Forderungen eines gemeinsamen Weltethos. Insgesamt zeigt sich deutlich, dass wir fern von konkreten Lösungen zur Global Governance sind. Aber der Forderung nach mehr Aufklärung und dadurch ermöglichter Partizipation in dieser Entwicklung kommt dieses Buch definitiv nach. *Maja Göpel, YOIS*

Die Privatisierung der Weltpolitik.

Tanja Brühl, Tobias Diebel, Brigitte Hamm, Hartwig Hummel, Jens Martens (Hg.),
Bonn, Dietz Verlag 2001, ISBN 3-8012-0299-2, DM 24,80

„Gerät die Weltpolitik zunehmend in private Hände?"
Internationale Autorinnen und Autoren waren aufgefordert, das Phänomen der zunehmenden Verwicklung privater Organisationen – transnationale Konzerne sowie NGOs – in vormals staatliche Aufgaben aus ihrem jeweiligen Blickwinkel zu analysieren.
Die Herausgeber vertreten die Meinung, dass Privatisierung unter gewissen Bedingungen die Kapazitäten und die Wirksamkeit einer global ausgerichteten Politik und insbesondere das System der Vereinten Nationen erweitert.
Um unter der Beteiligung der privaten Akteure eine faire und gerechte Weltpolitik zu gewährleisten, bedarf es aber eines öffentlichen Rahmens. Durch die Beiträge wollen sie aus unterschiedlichen Perspektiven beweisen, dass dieser Rahmen noch nicht, bzw. in noch nicht ausreichender Form existiert.
In essayistischer Form werden sowohl Überblicke der Entwicklung privatwirtschaftlicher Organisationsformen als auch die Entstehung von transnationalen Abkommen und ihre Veränderungen im Zuge der globalen Vernetzung beschrieben. Mehrere Beiträge befassen sich mit der Rolle der UN als der zentralen globalen Instanz öffentlicher staatlicher Einflussnahme und Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang werden die USA stark angegriffen und an vielen Beispielen ihre gezielte Einflussnahme dargelegt. Doch auch die Rolle der Megamedien, der Einfluss von Rating-Agenturen, private Kontrolle genetischer Ressourcen durch Patentierng, oder die neue Wachstumsbranche privater Sicherheitsakteure – um einige Beispiele zu nennen – verdeutlichen eindrucksvoll, weit greifend und teilweise unbeachtet die gegenwärtigen strukturellen Veränderungen durch zunehmende Privatisierung sind.
Die Autoren waren aufgefordert, ihre Beiträge überspitzt und durchaus entgegen der vorherrschenden Meinung zu verfassen, was das Lesen spannend macht. Das Buch bietet einen guten Einstieg in die globale politische Entwicklung und wirft Schlaglichter auf Aspekte, die in der öffentlichen Diskussion oft fehlen – wohl auch weil dies im Interesse von kapitalstarken und einflussreichen Instanzen liegt.

Maja Göpel, YOIS

Arbeit neu denken

Tom Peters, Dagmar Denkste

Econ Verlag, ISBN 3593365618, DM 49,80

Tom Peters präsentiert ein provokantes und zugleich praktisches (Hand)buch, das Wege aufzeigt, wie Sie aus jeder (!) Organisation eine „Innovations-Fabrik“ machen können. Und dass Sie aus jeder eine machen sollten! Sonst hören Sie schnell auf zu existieren. Denn „Ohne Wandel kein Wachstum, wer abbaut, verliert!“ So auch der Untertitel seines Buches. Seine unersättliche Neugier, seine pragmatische Sichtweise und seine beeindruckende Fähigkeit, den globalen Zeitgeist auf den Punkt zu treffen, sind bei Tom Peters legendär. Manchmal überzeichnet er ihn auch ein wenig, z. B. mit dem letzten Satz seines Buches. Es stammt von dem Rennfahrer Mario Andretti und lautet: „Wenn Sie glauben, alles unter Kontrolle zu haben, fahren Sie noch nicht schnell genug!“ Das ganze Buch ist kein Buch im herkömmlichen Sinne. Es besticht durch seine vordergründige Zusammenhanglosigkeit. Seine Fragmente, Zitate, Bemerkungen, auch viele Schaubilder und Fotos. Das Buch selbst ist eine Innovation. An sich erfrischend anders.

Er schreibt: „Das globale Dorf ist da ... mit aller Macht! Kein Geschäftspartner ist buchstäblich mehr als sechs Zehntel einer Sekunde (gemessen in Lichtgeschwindigkeit) vom anderen entfernt. Wenn ich einen Partner brauche, kann ich genausogut in Bangalore, Indien, auf die Suche gehen wie in meiner direkten Nachbarschaft in Silicon Valley“. „Das Ende der Entfernungen bedeutet“, so The Economist, „dass alle Aktivitäten, bei denen ein Bildschirm oder ein Telefon eingesetzt wird, an jedem Ort der Welt ausgeführt werden können.“ Er nutzt eine bildliche Sprache, die den Leser in seinen Bann ziehen kann. Es geht ihm um die Tatsache, dass Erfolgsfaktoren der Vergangenheit nur noch sehr bedingt gelten. Dass wir lernen sollten, Dinge radikal (!) in Frage zu stellen. Und dies macht er radikaler, als wohl jemals jemand vor ihm.

Der Kern seines Buches ist das Erläutern des Innovationskreises. Die zuvor beschriebenen Fragmente, wie die Zerstörung von Bestehendem, der Wertschöpfungspotenztiale professioneller Dienstleistungen oder die Suche nach den wirklich hervorragenden Mitarbeitern werden zusammengefügt.

Es geht darum, bestehende Organisationen – egal welche – in Frage zu stellen und neu zu (er)denken. Das Schaffen von Neuem als Grundthema allen Handelns. An allen (!) Stellen von Organisationen. Peters’ Beschreibungen sind frisch, provokant und pointiert. Manchmal auch etwas albern. Aber immer zum Nachdenken anregend. Denn das Buch ist irgendwie verrückt. Eine großartige, inspirierende Ideenquelle. Das Buch ist nicht ganz neu auf dem Markt und macht Mut für die Zukunft. Es beschreibt, dass der unvoreingenommenen Jugend, die noch nichts „Falsches“ gelernt hat, die Zukunft gehört. Vielleicht haben zukünfige Generationen dann ja eine Zukunft!

Torsten Becker, SRzG

EU: Green Week in Brüssel

Die Europäische Union hat im April ihr 6. Umweltaktionsprogramm – „Umwelt 2010: unsere Zukunft liegt in unserer Hand" – mit den Zielen und Leitlinien der europäischen Umweltpolitik veröffentlicht. Die „Grüne Woche" vom 24. bis 28. April in Brüssel sollte der Bevölkerung das Programm vorstellen und durch viele Workshops zentrale Themen der heutigen Umweltdebatte thematisieren.
Die Diskussionsrunden über Müll und Verpackungen, Internalisierte Produktpolitik, Klimaschutz, Badegewässer und Lärmreduktion, jeweils auf regionalen, nationalen und internationalen Leveln, wurden aber leider sehr stark von Experten aus den politischen Gremien oder Organisationen dominiert. Immerhin sicherten die stark unterschiedlichen Hintergründe der insgesamt 2.200 Teilnehmer eine differenzierte Betrachtung der Probleme und der jeweils für nötig erachteten Veränderungen. Als breiten Konsens auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit ließen sich folgende Punkte extrahieren:

- Forderung stärkerer Verantwortung und Beteiligung von Industrie und Wirtschaft
- Vertiefter internationaler Dialogs und intensivere Zusammenarbeit bei Forschung, Entwicklung und Entscheidungen
- Strikte Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte in allen Politikbereichen und Entscheidungen
- Informieren und Aktivieren von NGOs und besonders auch der Bevölkerung

Vermehrt soll in den nächsten Jahren die Prävention im Mittelpunkt stehen und die Berücksichtigung der folgenden Generationen stärker betont werden. Bezüglich der Bürgerbeteiligung erschien diese Konferenz aber noch nicht wirklich zielführend: Es waren nur sehr wenige Teilnehmer aus persönlichem Interesse anwesend, die meisten als Vertreter einer Organisation oder eines Projekts. Was sicherlich auch mit der unzureichenden Ankündigung der Konferenz zusammenhing.
Weitere Informationen über das sechste Rahmenprogramm unter:
http://europa.eu.int/comm/dgs/environment/index_en.htm
Die Europäische Umweltagentur veröffentlicht laufend Studien, Statistiken und Prognosen: www.eea.eu.int

Maja Göpel, YOIS

Vor meinen Augen mein fernes Ziel, es schwebt in einem Fesselballon am weiten Horizont an einem seidenen Faden. Ich wickle und wickle ihn zu einem Knäuel voller Hoffnung und Wünsche.

Heike Wenig

Für die Jugend streiten

Bericht vom 9. Haniel-Forum: Alternde Gesellschaft – Junge Ideen, am 12.06.2001

Die Alterung der Gesellschaft, das sahen Jörg Tremmel, Gründer der SRzG, und Martin Viehöver, Vorstand von YOIS-Europe, voraus, werde die bekannten Verteilungskämpfe zwischen Arm und Reich, Nord und Süd oder zwischen den Geschlechtern um eine Variante erweitern: den Konflikt zwischen Jungen und Alten um „Generationengerechtigkeit". Über wirtschaftliche und soziale Folgen der Vergreisung der Gesellschaft wurde viel nachgedacht.
Übersehen würde gerne, dass Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung die Demokratie ganz unmittelbar zu belasten drohten: „ Die Jugend gerät in eine strukturelle Minderheitensituation."
Unbedingt notwendig sei es natürlich, die deutsche Geburtenrate zu erhöhen. Aber demographische Entwicklungen würden nur langfristig wirksam. Erhöhung der Geburtenrate könne also nur eine Maßnahme von vielen sein.
Deutschland braucht außerdem organisierte Zuwanderung mit Quotensystem für unterschiedliche Zuwanderungsgruppen und flexiblen Lösungen, um Engpässen in bestimmten Branchen zu begegnen. Allerdings: Integration verursache Kosten. Die Mittel seien aber knapp. Schon aus diesem Grund sei die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft begrenzt.
Lösungsansätze müssten auch die alternde Gesellschaft selbst in den Blick nehmen. Die „Innovationsfähigkeit älterer Menschen" müsse erhöht werden. Ministerpräsident Kurt Biedenkopf habe das so formuliert: „Wenn es weniger Jüngere gibt, so müssen wir die Älteren länger jung halten." Zu verhindern seien Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft aber mit keiner Maßnahme. Wir müssten also mit der neuen Situation umgehen lernen. „Generationengerechtigkeit" verlange darum vor allem zweierlei. Zum einen müssten die Kosten der Renten gerechter verteilt werden: „Die Älteren bekommen etwas weniger, die Jüngeren zahlen etwas mehr." Außerdem müsse das Rentenalter erhöht werden. Zum anderen müsse das Wahlalter gesenkt werden, um ein Übergewicht älterer Wähler zu vermeiden.
„Der Ausschluss der Minderjährigen vom Wahlrecht ist verfassungswidrig."

Jörg Tremel, SRzG, Martin Viehöver, YOIS

Dreier-Vorstands-Treffen vom 26.-29.7.01 in Uffing

Das Vorstandstreffen mit dem bislang wohl schönsten Ambiente fand vom 26. - 29.7.01 in Uffing am Staffelsee statt. Neben erfolgreicher Arbeit kamen hier auch das gesellschaftliche und der Spaß (v. a. im herrlichen Staffelsee) nicht zu kurz. Die Krönung war schließlich das Fest von Frithjof Finkbeiner mit über 200 Gästen.
Inhaltlich fand am Freitag früh mit freundlicher Unterstützung der ortsansässigen Volks- und Raiffeisenbank (Overhead-Projektor) ein Kooperationsgespräch mit dem Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) über das Cologne Science Center (CSC) statt. Das CSC wurde seitens der SRzG zu einem Jahreshauptprojekt gemacht. Das Projektteam stellen SRzG und YOIS gemeinsam.
Am Nachmittag fanden getrennte Sitzungen statt, in denen einige organisatorische Punkte behandelt wurden, z. B. die weitere Entwicklung der „Generationengerechtigkeit!", die Rallye 2001 oder die Satzung von YOIS Deutschland.

Armin Frey, SRzG

**Die Zukunft hat viele Namen.
Für die Schwachen ist sie das Unerreichbare.
Für die Tapferen ist sie die Chance.**

Viktor Hugo

Taizé –

Une parabole de communauté Eine Woche mit 70 Brüdern und 3000 Jugendlichen aus aller Welt teilen

Seit Anfang der sechziger Jahre hat sich die 1940 von einem schweizerischen Theologiestudenten gegründete ökumenische Gemeinschaft von Taizé zu einem beliebten Jugendtreffen entwickelt. Jugendliche aus Europa und darüber hinaus, die meisten von ihnen mit christlichem Hintergrund, reisen im Sommer oder Herbst in den kleinen Ort in der Bourgogne, um sich auszutauschen, gemeinsam nachzudenken, zur Ruhe zu kommen und zu beten.

Die Gemeinschaft der Brüder von Taizé stellt dabei den Rahmen: organisatorisch durch die drei Gebete pro Tag und die festen Essenszeiten, die zur Verfügung gestellten Baracken oder Zeltplätze und inhaltlich durch die „Bibeleinführungen“.

Das sind Treffen am Anfang des Tages, in denen ein Bruder eine bestimmte Bibelstelle vorschlägt und erläutert und dann die Jugendlichen in Gruppen von ca. 10 aufgeteilt unter sich über den Text und daraus resultierende Fragen reflektieren. In diesen Gesprächsrunden tritt dann auch der Aspekt des Austausches mit Jugendlichen aus anderen Ländern am deutlichsten hervor. Da bei der Einteilung darauf geachtet wird, dass die Gruppen sich aus so vielen Nationen wie möglich zusammensetzen, wird man mit fremden Lebensan- und -aussichten konfrontiert und lernt diese verstehen oder zumindest kennen. Auf der anderen Seite fallen auch viele Parallelen auf, was dadurch verstärkt wird, dass die Gruppen nach Altersstufen eingeteilt sind, und man stellt fest, dass die Gedanken von ähnlichen Themengebieten bestimmt werden.

Abgesehen davon treffen Idealisten auf Zyniker, Überzeugte auf Zweifelnde, Entschlossene auf Suchende .... der Gesprächsstoff geht nie aus. Der Spaß allerdings auch nicht, und der kommt oft zu so merkwürdigen Zeiten wie beim gemeinsamen Spülen auf. Und abgekühlt werden die erhitzen Gemüter dann regelmäßig während der Gebetszeiten, die aus einfachen, sich oft und lange wiederholenden Gesängen, einem einfachen Bibeltext und einer langen Stille aufgebaut sind, was Reflexion und In-sich-Gehen ermöglicht.

Die Atmosphäre von Taizé ist schwer in Worte zu fassen. Viele bezeichnen es als einen Ort, an dem man seine Akkus aufladen kann. Mit Sicherheit lässt sich höchstens sagen, dass es anders ist als alles, was man vorher erlebt hat. Wie anders, das muss jeder für sich selbst herausfinden. Informationen: www.taizé.fr

Katrin Müller-van Issem, SRzG

Generationengerechtigkeitspreis der SRzG – 15.000 DM

Die SRzG vergibt, angeregt durch die Stiftung Apfelbaum, einen Generationengerechtigkeitspreis

1. Preis: 8.000 DM
2. Preis: 5.000 DM
3. Preis: 2.000 DM

Mit dem Preis will die SRzG die gesellschaftliche Diskussion fördern, ihr eine wissenschaftliche Grundlage verleihen und den Entscheidungsträgern Handlungsperspektiven eröffnen.

Wie kann ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher?

- Sollte ökologische Generationengerechtigkeit *im Grundgesetz* stärker verankert werden als bisher?
- Falls ja, wie kann ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher (etwa Staatsziele, subjektive Rechte, Institutionen, Kompetenzen, Präambel)? Wie müssten die zu ergänzenden bzw. zu verändernden Vorschriften des Grundgesetzes konkret formuliert werden? Geben Sie für Ihr Ergebnis eine wissenschaftliche und allgemein verständliche Begründung.

Anforderungen:

a) Die Seitenzahl liegt zwischen 20 und 50 Seiten.

b) Der Autor soll versuchen, auch komplizierte Gedanken in möglichst einfachen Worten auszudrücken. Die SRzG erwägt, die eingereichten Aufsätze in Buchform oder online zu veröffentlichen.

c) Besonders erwünscht sind interdisziplinäre Ansätze.

Jury: Ministerialdirektor Dr. Lutz Gusseck, Prof. Dr. Martin Kriele, Prof. Dr. Joachim Lege, Prof. Dr. Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Kay Waechter und Prof. Dr. Rainer Wahl

Teilnehmerkreis: junge Wissenschaftler (Studierende, Referendare, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler bis 35 Jahre).

Einsendeschluss 1. November 2001

Informationen und Ausschreibungsunterlagen unter www.srzg.de.

Im Verein Gutes tun

Eine Tutzinger Tagung über Stiftungen in der Bürgergesellschaft

Gelegentlich scheint es, als sei die Stiftung zum Synonym jenes „bürgerschaftlichen Engagements“ geworden, das die durch öffentliche Sparzwänge ausgedörrte Kultur-, Sozial- und Bildungspolitik neu zum Grünen bringen soll. Mit der Forderung nach einem stiftungsfreundlichen Klima wähnt man sich allenthalben auf der Seite des Guten und Richtigen.

Mit dem „Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen“ wurden im letzten Sommer die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter verbessert, wenn auch in weit geringerer Größenordnung, als von vielen Mäzenen erwartet. Doch den Weg zur noch anstehenden Überarbeitung des Stiftungszivilrechts säumen inzwischen Reformvorschläge, in denen es häufig mehr um zivilgesellschaftliches Wortgeklingel als um ernstzunehmende Veränderungsvorschläge geht (F.A.Z. vom 26. April). Auch in der im Juli 2000 eingesetzten Bund-Länder-Kommission, die noch in diesem Sommer ihre Ergebnisse vorlegen soll, scheint es nicht so recht voranzugehen.

Dem pflichtete am vergangenen Wochenende in Tutzing der Stiftungsrechtsexperte Peter Lex (München) bei, indem er anhand des Bayerischen Stiftungsgesetzes die faktische Existenz des in der Reformdebatte seit langem geforderten „Rechts auf Stiftung“ zu demonstrieren suchte. Auf Einladung der Evangelischen Akademie Tutzing und der Hamburger Zeit-Stiftung sprachen Stifter, Stiftungsrechtsexperten, Stiftungsmanager, potenzielle Mäzene und Interessierte über „Stiftungen in der Bürgergesellschaft“.

Die Stifter F.C. Gundlach, Klaus Tschira und Jörg Tremmel berichteten von ihrer Motivation zur Stiftungsgründung und den unterschiedlichen Gestaltungsformen. Vor einer Aushöhlung des Rechtsinstituts Stiftung warnte indes der Hamburger Notar Peter Rawert, der sich auch für ein bundeseinheitliches Stiftungsrecht aussprach. Wie vielfältig solches Engagement in den in der Reformdiskussion immer wieder als Vorbild gepriesenen Vereinigten Staaten aussieht, erläuterte Andreas Richter (Berlin).

Der schillernde Begriff der Bürgerstiftung, den Nikolaus Turner (Fürstenfeldbruck) näher zu definieren suchte, vermag vielleicht „das Bild der Stiftung als Domäne der Vermögenden zu korrigieren“. Mit dem klassischen Stiftungsbegriff unserer Rechtsordnung hat er freilich nur noch wenig zu tun. Gemeint ist, so verrät es das unlängst von der Bertelsmann-Stiftung herausgegebene „Handbuch Bürgerstiftungen“, „in jedem Falle eine unabhängige gemeinnützige Institution, die soziale und kulturelle Belange in einem bestimmten, lokal oder regional begrenzten Tätigkeitsbereich fördert“.

Als „Mogelpackung“ bezeichnete Turner die von Kommunen errichteten und dominierten „Bürgerstiftungen“ – Stiftungen öffentlichen Rechts, die ohne Kapital gegründet und aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden. Hier werde ein „Schattenhaushalt“ bereitgestellt, mit dem sich dann Sozial- und Kulturpolitik jenseits demokratischer Kontrolle realisieren lasse. Zwar setzten sich die im „Arbeitskreis Bürgerstiftungen“ des Bundesverbandes deutscher Stiftungen zusammengeschlossenen Institutionen derzeit für einen Namensschutz ihrer Organisationsform gegenüber solch missbräuchlicher Verwendung ein, allerdings ohne große Erfolgsaussichten. Kopfzerbrechen macht den Bürgerstiftungen auch der Einbau partizipatorischer Elemente in ihre Organisationsstruktur. Schließlich soll eine Bürgerstiftung nicht nur finanzielle Mittel mobilisieren und koordinieren, sondern darüber hinaus auch neue Möglichkeiten für freiwilliges, ehrenamtliches Engagement schaffen.

Weniger um finanzielle als um „soziomoralische Ressourcen“ ging es Herfried Münkler (Berlin), der Bedenkenswertes über „Bürgersinn und Bürgerehre“ vortrug. Der Politikwissenschaftler zeigte sich aber skeptisch, was das Abstellen allein auf neue Organisationsformen angehe: Was fehle, sei Erwartungssicherheit. Und auch wenn ein immer wieder gefordertes, einfaches, transparentes und missbrauchsfestes Stiftungsrecht es dem „flexiblen Menschen“ künftig erleichtern sollte, das Gemeinwesen über den eigenen Tod hinaus fördernd mitzugestalten, macht erst Engagement zu Lebzeiten die Gesellschaft zur *civil society*. Und dabei könnte der gute alte Verein zu neuen Ehren kommen.

A. Kemmerer

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH / Alexandra Kemmerer

UN-Konferenz zu Siedlungen „Istanbul +5“

Vom 6. -8. Juni 2001 fand in New York die „Istanbul +5“-Konferenz der UNCHS statt. Von YOIS nahmen Maike Sippel und Martin Viehöver (beide AK Stadtplanung) teil. Entgegen der ursprünglichen Aufgabe, die Umsetzung der 1996 in Istanbul verabschiedeten Habitat-Agenda zu evaluieren, beschäftigte die Konferenz sich vor allem mit der Verfassung einer neuen Deklaration. Diese zielt jedoch in keiner Weise auf ökologische Generationengerechtigkeit ab, wie wir im Jugendforum der Konferenz feststellten. Diesen Missstand sowie unsere Forderungen nach einer nachhaltigen Siedlungspolitik konnten wir in der Ansprache der Jugend darstellen, die in der Vollversammlung der Konferenz gehalten wurde. Die Positionen von YOIS haben wir so effektiv vertreten und Kontakte zu anderen Jugendnetzwerken geknüpft.

Maike Sippel, YOIS

Arbeitskreistreffen (s.S. 21): Maja Göpel, Michael Münch, Armin Frey und Stephanie Dötzer (v.l.n.r.)

Arbeitskreistreffen Global Governance

Am 16./17. Juni 2001 fand das erste Treffen des AK Globalization/ Global Governance der SRzG und YOIS statt.

Es war ein voller Erfolg in Erlangen. Die Teilnehmer bewerteten das Treffen mit über 9 von 10 möglichen Punkten. Wir haben zum einen die Begriffe Globalisierung und Global Governance definiert.

Globalisierung

Unter Globalisierung verstehen wir die weltweite Zunahme von Interdependenzen zwischen Gesellschaften, Staaten, Organisationen und Individuen. Sie findet auf politischer, wirtschaftlicher und soziokultureller Ebene statt. Entscheidungen und Ereignisse sind in ihren Konsequenzen nicht mehr zwingend an nationale Kontexte gebunden.

Global Governance

Unter Global Governance verstehen wir das Zusammenspiel politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Akteure zur Schaffung weltweiter Verbindlichkeiten. Ihre Notwendigkeit ergibt sich durch den aus der Globalisierung entstehenden Regulierungsbedarf. Gleichzeitig ist Global Governance für uns die Voraussetzung für eine Generationengerechte und nachhaltige Gesellschaft.

Des Weiteren haben wir uns insbesondere über die Zusammenhänge von Global Governance und Generationengerechtigkeit näher ausgetauscht sowie den AK Global Governance des Jugendklimagipfels in Bonn vorbereitet. Für die Zukunft haben wir uns das weltweite Finanzsystem inkl. der Börsen „vorgenommen“, weil wir uns dort für mehr Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit einsetzen möchten. Dazu werden wir uns zunächst in eine starke Informationsphase begeben.

Armin Frey, SRzG

Oh Herr, gib mir die Kraft,
Dinge zu verändern,
die zu verändern sind,
die Einsicht,
Dinge zu akzeptieren,
die ich nicht verändern kann,
und die Weisheit,
das eine vom anderen
zu unterscheiden.

Evang. Theologe

TERMINE · TERMINE · TERMINE

26–28.11.2001, Wien
Vienna Youth Conference 2001

„Towards a Greater Sustainable Europe“. Weitere Info www.sustainable-europe.net/GreaterEurope
und E-Mail: trinkl.alexander@chello.at.

1.12.2001, Bremen
Strategie und Kommunikationstrategie SRzG

unter Moderation unserer Förderer Ulrich Martin Drescher und Udo Eitzenberger überarbeitet die SRzG ihre Strategie

5.12. 2001 Salzburg,
Community Leadership and Public Policy

Das Seminar bringt Vertreter von Gesellschaftsbewegungen mit lokalen, regionalen und nationalen Politikern zusammen, um den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Engagement und den positiven Auswirkungen auf die Öffentlichkeit zu untersuchen. Des weiteren wird die Rolle von lokalen Gesellschaftsbewegungen analysiert, solche Organisationen zu bilden und zu leiten, anhand von praktischen Erfahrungen bei der erfolgreichen Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand. Information: admissions@salzburgseminar.org. Bewerbungen werden bis 5.Oktober 2001(oder bis das Seminar ausgebuchte ist) akzeptiert.
Information:admissions@salzburgseminar.org. Applications accepted until October 05, 2001 (or until the session is filled).

07.12.2001 München
Sieht Deutschland alt aus? Die graue Revolution und ihre Konsequenzen

Der 6. Kompetenz-Kongress mit dem Thema: demographische Veränderungen und ihre Konsequenzen. Schirmherr der Veranstaltung soll Edmund Stoiber sein. Die Teilnehmer können außerdem aus einer breiten Palette an Workshopangeboten auswählen.
Wo: Internationales Congress Center München
Kosten: Anreise und Verpflegung
weitere Informationen: 089/89623045

Wenn Sie mit Ihrer Präsentation Ihre Zuschauer nicht mehr vom Hocker reissen ...

...beleben wir Ihre Präsentation mit multimedialen Effekten wie Animation, Sound oder Einbau von Filmsequenzen

uh design
waxensteinstr. 8, 82362 weilheim
Tel: 0881-8664 e-mail: G-u-U@t-online.de

5.– 7. 7. 2002, Tutzing
Evangelische Akademie Tutzing „Generationengerechtigkeit“

Der Begriff „Generationengerechtigkeit“ hat gute Chancen, ein geistiges Leitmotiv des gerade angebrochenen Jahrhunderts zu werden. Was aber ist eigentlich „generationengerecht“? Ein generationenübergreifender Dialog. Das Konferenzmanagement übernimmt die SRzG. Die Evangelische Akademie Tutzing bringt ihre einzigartige Atmosphäre ein: das Schloss Tutzing, eine Deckwerkstatt, in denen sich Politiker der ersten Stunde trafen, um die Weichen für die bundesdeutsche Demokratie zu stellen, den Flair dort zu tagen, wo sich seit mehr als 50 Jahren die großen Denker unserer Nation treffen, um unterschiedliches Denken und Handeln in Streitgesprächen zusammenzuführen und alles am Ufer das Starnberger Sees im Juli, wenn es am schönsten ist.
Das Seminar wird am Freitag Abend beginnen und bis Samstag Abend dauern, am Sonntag schließt sich die Mitgliederversammlung von YOIS Deutschland an. Die Teilnehmerzahl ist sehr begrenzt. Es wird eine Auswahl getroffen werden müssen. Das gesamte Wochenende im Schloss bei Vollpension kostet Seminargebühr € 60, Vollpension (2 Nächte) im Einzelzimmer € 91 für Unterdreißigjährige Seminargebühr € 30, Vollpension (2 Nächte) im Doppelzimmer € 40,50 Fahrt- und Seminarkostenzuschüsse können im Härtefall beantragt werden.
Interessenten können sich wenden an finkbeiner@srzg.de, Tel. 08808 / 9345.

Weitere offene Vorstandstreffen von SRzG und YOIS

30.11. – 2.12.2001 Bremen
15.03. – 17.3.2002
7. – 9.6.2002
7.7.2002 Tutzing

LESERBRIEFE · LESERBRIEFE ·

Peter Wieland, Stuttgart
Ich finde es klasse, dass ihr euch zu dem Thema Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit engagiert. Wie ich bei eurem Treffen in Stuttgart am Rande mitbekommen habe, seid ihr auch menschlich eine tolle Truppe. Die Zeitschrift gefällt mir sehr gut, ich empfinde sie als wirkliche Bereicherung neben dem emotionslosen Arbeitsalltag. Ich würde mir jedoch noch mehr Bilder und Karikaturen und dafür weniger Text wünschen.

Kendra Bartsch, Austin, Texas
Plant ihr eigentlich auch eine internationale (englische, französische) Ausgabe? Falls ihr Unterstützung bei der Übersetzung benötigt, würde ich euch gerne unterstützen.
Antwort der Redaktion:
Darüber freut sich die Redaktion ganz besonders. Mehr davon.

Susanne Hiß, Düsseldorf
Ich habe eure Zeitschrift auf der Rückfahrt vom Urlaub im Zug gelesen. Dass ihr einfach so aus dem Nichts so ein Qualitätsprodukt schafft, begeistert mich. Warum gibt es eigentlich keine Möglichkeit, die Zeitschrift nur zu abonnieren? Ich könnte mir viele Arztpraxen vorstellen, die die „Generationegerechtigkeit“ gerne fürs Wartezimmer abonnieren würden.
Antwort der Redaktion:
Danke für den Hinweis, Susanne. Ab sofort kann die GG für nur 30 DM pro Jahr abonniert werden.

Internationalisierung der SRzG

SRzG goes international

Mit der Einsetzung eines neuen Vorstands für Internationales auf dem Stuttgarter Vorstandstreffen im April 2001 hat sich die Stiftung zum Ziel gesetzt, über die nationalen Grenzen hinaus an Bekanntheit und Profilierung zu gewinnen. Als erster Schritt zur Etablierung der SRzG im Rahmen der Vereinten Nationen kann die Bewerbung für einen Associative Status beim UN Department of Public Information angesehen werden, durch den regelmäßig über die Aktivitäten der UN informiert und der Zugang zu internationalen Konferenzen erleichtert wird. Außerdem wurde in den vergangenen Monaten eine Informationskampagne im Bereich Außenbeziehungen vorbereitet, bei der es in erster Linie darum geht, weltweit Kontakt zu anderen Organisationen aufzunehmen und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Im Zuge dieser Kampagne wird derzeit auch die englischsprachige Version der Webpage einer grundlegenden Überarbeitung und Aktualisierung unterzogen. In Zusammenarbeit mit Dr. Thomas Cieslik, zur Zeit Dozent an der University of Monterrey in Mexiko City im Bereich internationale Beziehungen, ist für Frühjahr 2002 schließlich ein einwöchiges Seminar über Generationengerechtigkeit in Mexiko in Planung.

Im Hinblick auf den für September 2000 im südafrikanischen Johannesburg geplanten World Summit on Sustainable Development will die SRzG in den kommenden Monaten ihre Kräfte gezielt darauf richten, dort Impulse in Sachen Generationengerechtigkeit zu setzen. Teil des Vorbereitungsprozesses für den Johannesburg Summit ist ein International Young Professionals Summit, der Anfang Oktober 2001 im australischen Queensland stattfindet. Die dort erarbeiteten Implementierungsstrategien zu den Themen Armut, Nachhaltigkeit, soziales Kapital und Umwelt werden einem im unmittelbaren Anschluss abgehaltenen Commonwealth Heads of Government Meeting in Brisbane als Umsetzungsempfehlungen präsentiert. Gefördert durch das Auswärtige Amt, werden für die SRzG Torge Hamkens und Jörg Tremmel, für YOIS Martin Viehöver, als Delegierte teilnehmen. Um auch in den kommenden Monaten wirklich effektiv am Vorbereitungsprozess für den Johannesburg Summit on Sustainable Development mitwirken zu können, fehlt es jedoch an Mitteln zur Deckung von Reisekosten - ein Zustand, für dessen Lösung wir auf Hilfe dringend angewiesen sind. Sehr willkommen sind uns ferner Kontakte, die zur verstärkten Einbeziehung der SRzG in die Vorbereitung des Gipfels in Johannesburg von Nutzen sind. *Torge Hamkens, SRzG*

Die SRzG begrüßt die neuen Förderer

Helene Adler Wahlberg, Bromma - Sorina Armasescu, Rm. Valcea - Tobias Augustin, Regensburg - Simonne Baker, Crewkerne - Axel Bergt, Zürich - Katja Boysen, Göttingen - Nesrin Caglak, Pforzheim -Leonidas Crisciunas, Straseni - Frithjof Finkbeiner sen., Augsburg - Alexander Gorobets, Sevastopol - Melanie Grabsch, Chemnitz - Daniel Hobohm, Cambridge - Tomas Horvath, Mernye - Helge Krieger, Marburg - Max-Christian Lange, Berlin - David Lübeck, Kirchlinteln - Falko Maxin, Celle - Katrin Müller-van-Ißen, Düsseldorf - Janine Rechel, Greifswald - Christopher Williams, Brüssel

YOIS begrüßt die neuen Mitglieder

Axel Bergt, Zürich - Frithjof Finkbeiner sen., Augsburg - Falko Maxin, Celle - Katrin Müller-van-Ißen, Düsseldorf - Tomas Horvath, Mernye - Sorina Armasescu, Rm. Valcea - Helge Krieger, Marburg - Daniel Hobohm, Cambridge - Simonne Baker, Crewkerne - Leonidas Criciunas, Straseni - Helene Adler Wahlberg, Bromma - Tobias Augustin, Regensburg- Katja Bosen, Göttingen - Nesrin Caglak, Pforzheim - Alexander Gorobets, Sevastopol - Christopher Williams, Brüssel - Melanie Grabsch, Chemnitz - Janine Rechel, Greifswald - Max-Christia Lange, Berlin - David Lübeck, Kirchlinteln - Alina-Aurora Aldea, Tirgu - Mures - Maria Cristina Gontea, Bukarest - Miruna Ligia Herisanu,Bukarest - Catalin Nacu, Bukarest - Barabas Frigyes, Budapest - Simone Iltgen, Tübingen - Sabine Stöck, Lüneburg - Ileana-Mihaela Smeureanu, Bukarest

Interessiert an einer Mitarbeit im SRzG-Vorstand?

Selbst noch von dem jüngsten Stiftungsvorstand in Deutschland geleitet, setzt die SRzG vor allem auf die nachrückende Generation, da sie davon überzeugt ist, dass junge Menschen kreative und unideologische Konzepte haben, um Zukunftsprobleme zu lösen. Die SRzG sucht noch ein bis zwei junge Mitglieder für den Vorstand, der überparteilich besetzt ist. Der Vorstand legt völlig gleichberechtigt mit den Stiftern Jörg Tremmel und Frithjof Finkbeiner die Politik der Stiftung fest – eine einzigartige Konstruktion in Deutschland. Alle Vorstände arbeiten ehrenamtlich. Bewerbungen bitte an:
SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel.: 06171-982367, Fax 06171-952566, E-Mail: info@srzg.de

Werden Sie Zustifter, ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG oder Mitglied von YOIS

Um die GENERATIONENgerechtigkeit! regelmäßig nach Hause geschickt zu bekommen, gibt es vier Wege: Sie werden Zustifter, ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG, Mitglied von YOIS oder Sie abonnieren GG! für € 15,– im Jahr und unterstützen damit mit € 11,– unsere Arbeit.

Als Zustifter helfen Sie uns, das Stiftungskapital zu erhöhen. Dabei wird Ihre Zustiftung ungeschmälert bewahrt, und Sie erhalten eine steuerlich abzugsfähige Zustifterbescheinigung. Als ständiger Förderer bekommen Sie nicht nur unsere Zeitschrift, sondern Sie erhalten auch Einladungen zu den in regelmäßigen Abständen stattfindenden offenen Vorstandssitzungen der Stiftung. Dort können Sie Anregungen geben, Vorschläge machen und Aktionen organisieren, um das Ziel der intergenerationellen Gerechtigkeit zu erreichen. Sie sind herzlich eingeladen, auf öffentlichen Kuratoriumssitzungen den Rechenschaftsbericht von Vorstandsmitgliedern zu hören und das Kuratorium bei der Frage der Entlastung des Vorstands zu beraten – so viel Offenheit und Transparenz gibt es bei kaum einer anderen deutschen Stiftung. Außer der jährlichen Zahlung des Förderbeitrags bei SRzG gehen Sie keinerlei Verpflichtungen ein.

Der Förderkreis der SRzG unterstützt die Stiftung bei ihren Aufgaben. Ohne den Förderkreis kann die SRzG ihre Aufgaben kaum erfüllen. Wenn Sie sich für die gute Sache der „Generationengerechtigkeit“ einsetzen möchten, sind Sie herzlich willkommen, ständiger Förderer zu werden.

Stiftungsbeträge bitte überweisen auf:
SRzG
Verwendungszweck: Zustiftung
Konto-Nr. 66 02 983
Ökobank eG
BLZ 500 901 00
Antrag umseitig

Einfach ausfüllen: Fax: 06171/952566
oder per Brief an

SRzG /YOIS Europe
Postfach 5115
61422 Oberursel

GENERATIONENgerechtigkeit!
kann man nicht kaufen.
Aber abonnieren.

☐ **Antrag auf Aufnahme als ständiger Förderer bei der SRzG**
Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ € 25,- / 50,-*

☐ **Mitgliedsantrag bei YOIS**
Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe“ € 10,- / 25,-*

☐ **Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS**
Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe“.
Jahresbeitrag € 70,- ; für Unterdreißigjährige € 35,- ; für Unterzwanzigjährige € 30,-

☐ **Jahresbonnement** GENERATIONENgerechtigkeit!
Hiermit abonniere ich die Zeitschrift zum Jahresbezugspreis von € 15,-, wovon € 11,- direkt in die Arbeit von YOIS und SRzG fließen.

Name _____ **Vorname** _____
Straße _____ **PLZ/Ort** _____
Telefon _____ **Fax** _____
E-Mail _____ **geb. am** _____

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich)**:**

Generationengerechtigkeit	☐	Bevölkerungsentwicklung	☐
Ökologie	☐	Globalisierung/Global Governance	☐
Rentenversicherung	☐	Biotechnologie/Medizin/Gesundheit	☐
Staatsfinanzen	☐	Stadt- und Raumplanung	☐
Arbeitsgesellschaft	☐	Methoden der Zukunftsforschung	☐
Bildung	☐	Kinderrechte	☐

Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Es gilt dabei für YOIS ein Mindestbeitrag von € 10,– für Unterzwanzigjährige, von € 15,– für Unterdreißigjährige, und € 25,– für Ältere. Für die SRzG gilt ein Mindestbeitrag von € 25,– für Unterdreißigjährige und von € 50,– für Ältere. Organisationen können ebenfalls ständige Förderer der SRzG oder Mitglied bei YOIS werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von € 100,– jährlich. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen. Für Jüngere mit dem Wunsch nach aktiver Mitarbeit empfiehlt sich die Mitgliedschaft bei YOIS, wenn Sie eher fördernd unterstützen wollen, bei der SRzG.

Ort und Datum _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und/oder YOIS Europe, meinen Förder- bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von € _____ jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Konto-Nr. _____ Ort und Name der Bank _____ Bankleitzahl _____

Ort und Datum _____ Unterschrift _____

Wir danken Frau Ursula Hauer, Weilheim, für das Layout; Frau Ute Gierstorfer, alex media, Augsburg, für das Fein-Layout und Herrn Wolfgang Sand, Landsberg, für das Lektorat, Herrn Marcus Metz für die Aufbereitung der Grafiken und der Firma Heldelberger Druck AG.
Die nächste Ausgabe von Generationengerechtigkeit! erscheint im November 2001 mit dem Schwerpunktthema „Biotechnologie/Gentechnik“.